

Friedrich Wilhelm Müller (1801–1868).  
Ein Burschenschafter,  
protestantischer Geistlicher und  
achtundvierziger Demokrat aus Schlesien

von

Walter Schmidt

Berlin 2003

**Dateiabruf unter:  
[www.burschenschaft.de](http://www.burschenschaft.de)**

# Friedrich Wilhelm Müller (1801–1868). Ein Burschschafter, protestantischer Geistlicher und achtundvierziger Demokrat aus Schlesien\*

von

Walter Schmidt

Herkunft, Theologiestudium, Vorsteher bei den Breslauer Arminen

Friedrich Wilhelm Müller entstammte einem preußischen Pastorengeschlecht.<sup>1</sup> Geboren wurde er am 13. Januar 1801 im Dorf Riemberg, wo sein Vater Johann Friedrich Müller, ein geborener Stettiner, seit 1795 das geistliche Amt innehatte. Der Vater hatte im Schindlerschen Waisenhaus in Berlin seine Schulbildung erfahren und dann in Halle Theologie studiert. 1793 war er in Breslau zum Generalsubstituten ordiniert worden. Kurz nach seiner Amtseinführung in Riemberg hatte er Susanne Elisabeth Stienauer geheiratet. Seine Mutter war 30 Jahre alt, als sie ihren Sohn Wilhelm gebar. Über ihre Herkunft und ihr Leben ist nichts bekannt. Sie starb Ende Dezember 1840, der Vater überlebte sie um neun Jahre, er starb 1849 in Domschau bei Breslau.

Obwohl Riemberg mehr als 30 km von Breslau entfernt liegt, war seine evangelische Kirche eine von vier „zur Haupt und Residenzstadt Breslau gehörigen Rural-Kirchen“,<sup>2</sup> unterstand also nicht dem Kirchenkreis Wohlau, sondern der schlesischen Kapitale direkt. Diese besonderen kirchlichen Beziehungen mit Breslau ergaben sich daraus, daß Riemberg, ein wahrscheinlich zu Beginn des 13. Jahrhunderts entstandenes Kolonistendorf, das 1268 erstmals erwähnt wurde,<sup>3</sup> 1550 von der Stadt Breslau gekauft worden war.<sup>4</sup> Das Kirchensiegel der Riemberger Gemeinde zeigte seitdem auch das Stadtwappen von Breslau.<sup>5</sup> Müllers Großvater war Seelsorger des preußischen Prinzen und späteren Königs Friedrich II., des Großen, gewesen und hatte als Küstriner Festungsgeistlicher den Prinzenvertrauten Katte, der um Friedrichs

---

\* Zuerst in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 39. Jahrgang. (September 2003), Heft 3, S. 281–313. Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Walter Schmidt, Paul-Junius-Straße 58, D-10369 Berlin.

<sup>1</sup>Zur Biographie siehe: Nekrolog, in: Schlesische Provinzialblätter (SPB). Neue Folge (NF), Bd. 8, 1869, S. 85; Julius Kirschke, Geschichtliche Mitteilungen über Riemberg und seine Kirche zur Feier des 300jährigen Kirchenjubiläums am 2. September 1879, Wohlau 1879, S. 13 f.; Elfriede Hoppe, Brigitte Stürmer, Beiträge zu einer Chronik des Dorfes Riemberg im Kreis Wohlau (Niederschlesien), Wiesbaden, Stuttgart 1989, S. 21 f.; Manuskript: Schlesisches Pfarrerbuch (Auskünfte von Pastor em. Mag. phil. et theol. Dietmar Neß). Eine Kurzbiographie: Walter Schmidt, Friedrich Wilhelm Müller. Ein Burschschafter, Pastor und Achtundvierziger Demokrat aus Riemberg, in: Wohlau-Steinauer Heimatblatt, 5. Jgg., Nr. 4/2003, S. 15 f.

<sup>2</sup>Vgl. Schlesische Instanzen-Notiz. Verzeichnis der Königlichen Militär-, Civil-, Geistlichen-, Schulen- und übrigen Verwaltungsbehörden, der öffentlichen Anstalten sowie der Rittergutsbesitzer, Kaufleute, Fabrikanten etc. in der Provinz Schlesien, dem dazugehörigen Teil der Lausitz und der Grafschaft Glatz, Breslau 1841, S. 49.

<sup>3</sup>Kirschke, Geschichtliche Mitteilungen, S. 3 f.

<sup>4</sup>Gerhard Hultsch, Schlesische Dorf- und Stadtkirchen, Lübeck 1977; aus: Wohlau-Steinauer Heimatblatt, 5. Jgg., Nr. 6/2003, S. 13.

<sup>5</sup>Kirschke, Geschichtliche Mitteilungen, S. 4; Hoppe, Stürmer, Chronik, S. 13, 18.

Fluchtpläne wußte und sie begünstigte, 1730 zum Schafott begleiten müssen.<sup>6</sup> In Riemberg und in Herrnprotsch, einer zweiten Breslauer Ruralkirche, wohin der Vater 1809 versetzt wurde, verlebte Friedrich Wilhelm, vom Vater in den Elementarfächern unterrichtet und so auf den Gymnasiumsbesuch vorbereitet, eine unbeschwerte Kindheit. 1814 übernahm der Vater die Pfarrstelle in Domschau, das schon zum Stadtkreis Breslau gehörte und wo sich eine dritte Ruralkirche befand. Von hier aus bezog Wilhelm im gleichen Jahr, mit dreizehn Jahren, das altherwürdige Breslauer Gymnasium Elisabethaneum, das er im Herbst 1819 mit dem zum Universitätsbesuch berechtigenden Reifezeugnis Nr. II, sogar mit Auszeichnung, abschloß.<sup>7</sup>

Am 29. September 1819 nahm er das Studium der evangelischen Theologie an der Breslauer Universität auf.<sup>8</sup> Die Breslauer alma mater war erst acht Jahre zuvor, 1811 mit der Umwandlung der alten, 1702 vom österreichischen Kaiser gegründeten Leopoldina und der gleichzeitigen Verlagerung der Frankfurter Viadrina nach Breslau neu geschaffen worden. Ihre evangelisch-theologische Fakultät, der sieben bis acht Lehrkräfte angehörten, brachte zwar keine eigene theologische Schule hervor, übte gleichwohl einen starken Einfluß auf die Entwicklung der schlesischen Kirche aus.<sup>9</sup> Dominierend war der Rationalismus, den vor allem David Schulz, ein schlesischer Bauernsohn, vertrat, der aus der Schule des Hallensers Friedrich August Wolff kam und mit philologischen Mitteln das Neue Testament in Übereinstimmung mit der Vernunft zu bringen suchte. Seine Vorlesungen waren mit Abstand am zahlreichsten besucht. Seine Lehre beeinflusste Müller in starkem Maße und prägte seine theologisch-liberale, rationalistische Weltanschauung wie seine humanistische Gesinnung.

In den Berichten der Universität ans Berliner Kultusministerium taucht Müller weder unter den bestraften noch unter den wegen besonderen Fleißes zu nennenden Studenten auf.<sup>10</sup> Ausgelassener studentischer Geselligkeit hat er sich dennoch nicht verweigert, und unter dem Eindruck der Befreiungskriege stand er politischen Fragen ausgesprochen aufgeschlossen gegenüber. Beides führte ihn sogleich in die just 1819 gegründete Breslauer Burschenschaft Arminia, die zumal nach den Karlsbader Beschlüssen vom gleichen Jahr nur insgeheim wirken konnte.<sup>11</sup> Müller gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Arminia und übernahm von Herbst 1820 bis Herbst 1821 sogar das verantwortungsvolle Amt des Vorstehers.<sup>12</sup> Welche Rolle er in der Arminia im einzelnen gespielt hat, verraten die wenigen überlieferten Quellen leider nicht. In der Arminia lernte er aber Carl Adolph Suckow kennen, einen hochbegabten Theologiestudenten und späteren Breslauer Theologieprofessor, an dessen liberal geführter und bei der Zensur gefürchteter Monatschrift „Der Prophet“ er in den 1840er Jahren mitarbeitete.

---

<sup>6</sup>SPB, NF, Bd. 8, S. 85.

<sup>7</sup>Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin (GStAPK), I. HA, Rep. 76–Va, Sekt. 4, Tit. 13, Nr. 1: Acta betr. die von der Universität zu Breslau halbjährlich eingereichten Tabellen, Bd. 1, Bl. 138 ff., Nr. 266.

<sup>8</sup>Ebd.

<sup>9</sup>Ebd., Bd. 2, Bl. 43 ff.; Franklin Arnold, Die evangelisch-theologische Fakultät, in: Georg Kaufmann (Hg.), Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau, 2. Teil, Breslau 1911, S. 175 ff.

<sup>10</sup>GStAPK, I. HA, Rep. 76–Va, Sekt. 4, Tit. 13, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 150 ff.

<sup>11</sup>Walter Nicolai, Die Breslauer Burschenschaft bis zum Ende der Demagogenverfolgungen 1817–1835, Berlin 1935, S. 62 ff.

<sup>12</sup>Hierzu und zum folgenden: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 13, Nr. 17: Die auf der Universität zu Breslau unter dem Namen Arminia, Borussia und Silesia bestehenden geheimen Verbindungen; Bd. 1, Bl. 76 ff., 197 ff., 225, 279 ff.; Bd. 2, Bl. 42 ff., 87 ff.

1822 wurde die Breslauer studentische Geheimorganisation von der preußischen Polizei aufgedeckt. Das Universitätsgericht verurteilte rund 80 ihrer Mitglieder zur Relegation, was sie nach den Karlsbader Festlegungen von allen deutschen Universitäten ausschloß, und sprach zugleich die sogenannte Anstellungsunfähigkeit aus, was faktisch Berufsverbot für alle öffentlichen Ämter, also auch für jegliche Pfarrstellen, bedeutete. Zwar wurden beide Strafen auf ein Gnadengesuch des Breslauer Rektors hin vom König bald aufgehoben. Dennoch mußte Müller, weil er wie viele andere Burschenschafter 1821 fälschlich erklärt hatte, keiner Studentenverbindung anzugehören, und überdies noch Beamter der Burschenschaft gewesen war, für acht Wochen in einen „polizeilichen Festungsarrest“, den er 1823 in Schweidnitz absaß. Leider besitzen wir keinerlei briefliche Zeugnisse Müllers, so daß sich über seine politische Einstellung in dieser Zeit nichts aussagen läßt. Doch gehörte er nachweislich zu jenen, die auch später den freiheitlichen Ideen der Burschenschaft nicht abschworen, sondern sich ihnen verpflichtet fühlten und ihnen – freilich zunächst ganz im Verborgenen – auch treu blieben.

Nach Abschluß des Studiums wurde Friedrich Wilhelm Müller – wie fast alle Kandidaten der Theologie in jener Zeit – zunächst mehrere Jahre Hauslehrer beim Major von Alvensleben in Piesteritz,<sup>13</sup> legte in dieser Zeit aber die beiden theologischen Examina ab, deren Bestehen erst zu einer Anstellung als Pfarrer berechtigte. Am 12. Dezember 1828 wurde er in Breslau ordiniert und zunächst als Lektor, d. h. Hilfsgeistlicher, an der Breslauer St.-Maria-Magdalena-Kirche eingestellt.<sup>14</sup> Schon zwei Jahre später erfolgte im Herbst 1830 seine Berufung zum Pfarrer der Kirchgemeinde Riemberg,<sup>15</sup> die einschließlich mehrerer Patengemeinden rund 1.500 Seelen umfaßte. Müller war nun Herr einer zwar schlichten, aber – wegen des beim Umbau zu Beginn des 18. Jahrhunderts mit Freskogemälden ausgestatteten Innenraums – kulturgeschichtlich nicht ganz unbedeutenden Dorfkirche.<sup>16</sup>

Erst ein Jahrzehnt nach der Amtsübernahme heiratete er, von seinem Vater in Domslau getraut, am 13. Juli 1841 Ernestine Herring, die er bereits sieben Jahre später, am 22. Mai 1849 verlor.<sup>17</sup> Über sie wissen wir nichts. Ob Kinder aus dieser Ehe hervorgingen ist ebenso wenig bekannt. Nochmals geheiratet hat er, soviel die überlieferten Quellen aussagen, nicht.

---

<sup>13</sup>Ebd., Bl. 47.

<sup>14</sup>F. G. E. Anders, Statistik der Evangelischen Kirche in Schlesien, Glogau 1848, S. 70; ders., Statistik ..., Glogau 1867, S. 157; Matrikel der evangelischen Pfarrstellen und der Geistlichen in der Provinz Schlesien zu Anfang des Jahres 1856 mit Angabe des Pfarr- und nächsten Poststationsortes sowie des Lebens- und Dienstalters der Geistlichen; Hoppe, Stürmer, Chronik, S. 22; Manuskript: Schlesisches Pfarrerbuch. Auskunft von Pastor em. Mag. phil. et theol. Dietmar Neß.

<sup>15</sup>SPB, Bd. 102, 1830, S. 448 (Chronik).

<sup>16</sup>Kirschke, Geschichtliche Mitteilungen, S. 5 f.

<sup>17</sup>Anders, Statistik 1867, S. 157; Hoppe, Stürmer, Chronik, S. 22.

## Attacken gegen den Großgrundbesitz<sup>18</sup>

Mit der Amtsübernahme kamen auf den neu eingesetzten Pfarrer größere Aufgaben zu. Friedrich Wilhelm Müller hatte als Seelenhirte einer relativ großen Kirchengemeinde nun erstmals umfangreiche Verpflichtungen in alleiniger Verantwortung wahrzunehmen, die ihm in den ersten Jahren der Einarbeitung sichtlich einiges abverlangten und ihn voll ausfüllten. Nach rund einem Jahrzehnt als Gymnasiast, Student und Hilfsgeistlicher in der zweitgrößten preußischen Großstadt bekam er auch wieder hautnahen Kontakt zum Leben auf dem Lande. Und es bedurfte sicher einiger Zeit, bis er als gebildeter und reifer knapp Dreißiger sich mit den sozialen Verhältnissen auf den Dörfern seines Sprengels vertraut gemacht hatte. Er war jetzt direkt konfrontiert mit den Stimmungen und Haltungen der verschiedenen sozialen Schichten des Landvolks, lernte die Interessen und Bedürfnisse der immer noch feudal unterdrückten Bauern kennen, stieß auf wachsendes Elend und Rechtlosigkeit namentlich der Besitzlosen und Armen im Dorfe, der Tagelöhner wie des Gesindes auf den Guts- und Bauernhöfen. Sehr bald mußte er feststellen, daß Einstellung und Verhalten der Mächtigen auf dem Lande, der meist adligen Gutsherren und Rittergutsbesitzer, mitnichten dem entsprach, was ihnen als angeblich wichtigsten Stand im Staate offiziell zugesprochen wurde.

Das alles führte dazu, daß er sich nach einiger Zeit nicht bloß als geistlicher Seelsorger verstand, sondern sich auch um außerkirchliche Belange zu kümmern begann. Nun zeigte sich, daß er den Oppositionsgeist des einstmaligen engagierten Burschenschafters nicht einfach beiseite gelegt hatte. Seine tief verwurzelte humanistische Gesinnung zwang ihn geradezu, Stellung zu beziehen zu dem, was ihm im sozialen Leben um ihn herum begegnete. Und er begann diese Erfahrungen zu verarbeiten und über die Medien in die schlesische Öffentlichkeit zu tragen. Namentlich in den provinzwweit beliebten „Schlesischen Provinzialblättern“ erörterte er in Abständen nicht vorrangig Probleme des kirchlichen Lebens, sondern die brennenden sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung. Kein Wunder, daß es nicht lange währte, bis er bei den kirchlichen wie staatlichen Behörden als ein unruhiger Geist galt.<sup>19</sup>

Müller zählte zu jenen protestantischen Geistlichen, die sich nicht vornehmlich auf die politisch Herrschenden und ökonomisch Mächtigen orientierten, sondern als engagierte praktische Humanisten ihrer Zeit sich der Sorgen und Nöte der einfachen Leute in ihrem Sprengel und im Lande annahmen, der Bauern und Handwerker, der Häusler und Einlieger, nicht zuletzt der „unangesessenen Arbeiter“, wie es hieß, und der Gesindeleute. Sein Einsatz für das einfache Volk war in erster Linie sicher religiös motiviert, sein Humanismus war vorrangig religiös verwurzelt. Als überzeugter Protestant, der seinen Glauben vor allem aus der Schrift schöpfte, nahm er ernst, was

---

<sup>18</sup>Über die Vormärzzeit findet sich eine gekürzte Fassung aus meiner Feder in: Der schlesische Burschenschafter und protestantische Geistliche Friedrich Wilhelm Müller (1801–1868). Verfechter von Landvolkinteressen im schlesischen Vormärz, in: Vom mühseligen Suchen und glückhaften Finden. Rückblicke und Erinnerungen von Marx-Engels-Forschern und Historikern der Arbeiterbewegung, Berlin 2003 (= Pankower Vorträge, H. 55), S. 5–14.

<sup>19</sup>1848 erinnerte ein königstreuer Pfarrer aus dem Kreis Wohlau ausdrücklich daran, daß Müller schon im Vormärz als ein „Redner-Nörgler“ von sich Reden gemacht hatte. GSTAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 507, Nr. 2: Die gegen Volksaufstände und Tumulte im Breslauer Regierungsbezirke zu nehmenden Sicherheitsmaßnahmen, Bd. 4, Bl. 413.

über das Verhältnis von Arm und Reich in den Evangelien stand. Aus seinen theologischen Erörterungen wissen wir, daß er sich vor allem auf die Zeugnisse des Urchristentums berief, als das Prinzip der sozialen Gleichheit in den Gemeinden noch einen zentralen Stellenwert besaß. Davon ging auch seine Kritik an der Privilegierung der Wohlhabenden und an der Ausgrenzung der Armen in den Kirchenverbänden aus. Die sozial sensible Sicht verband sich bei ihm mit Einsichten des theologischen Rationalismus, der den Glauben in Übereinstimmung mit dem realen Leben zu bringen suchte, stärker aufklärerische Elemente zur Geltung brachte und eine Höherentwicklung und Vervollkommnung des Menschengeschlechts für unabdingbar hielt.

Im zweiten Halbjahr 1837 reichte Müller bei der Breslauer Redaktion der „Provinzialblätter“ einen umfangreichen Artikel unter dem schon vom Thema her aufregenden Titel ein: „Durch die Mehrzahl der größeren Grundbesitzer wird die aufblühende Kultur der Provinz aufgehalten.“<sup>20</sup> Es war sein Debüt als Publizist. Seine Polemik galt den stets als Führungseliten ausgegebenen großen Gutsherren in Schlesien. Wiewohl er am Schluß erklärte, nicht den Stand als Ganzes, sondern nur mehrere Standesgenossen anklagen zu wollen,<sup>21</sup> war sein Pamphlet ein konzentrierter Frontalangriff auf die herrschende Grundbesitzerklasse. Deren Anspruch auf Führung der Gesellschaft stellte er radikal in Frage, indem er ihr Versagen bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme im Lande im einzelnen nachwies.

Er stellte die Mehrzahl der schlesischen Rittergutsbesitzer als Leute von „Halbbildung“ an den Pranger, bar jeder „echten wahren christlichen Geistes- und Herzensbildung“, die nicht nur ihr Gesinde brutal verprügeln, sondern sich auch liebend gern unter ihresgleichen noch dessen rühmen.<sup>22</sup> Die Kultur der Provinz zu fördern sei nicht ihr eigentliches Anliegen; gegenüber Kirche und Schule verhielten sie sich gleichgültig, ja oft geradezu feindselig; sie hielten die Kinder mit Zwangsarbeiten vom Schulbesuch ab, verhinderten den Neubau von Wohngebäuden in ihrem Bereich, um den Zuzug von besitzlosen Wohnungssuchenden, für deren Unterstützung sie bei Arbeitslosigkeit aufkommen müßten, zu unterbinden. Nicht minder läßt der Großgrundbesitz das Gesindewesen verkommen, so daß sich „Irlands Elend in Schlesiens Gesindestuben“ eingenistet hat.<sup>23</sup> Schließlich weigerten sich die Rittergutsbesitzer hartnäckig, die ihnen obliegenden Verpflichtungen als erste Polizeiverantwortliche in ihrem Gutsbezirk wahrzunehmen, suchten diese Funktion vielmehr nur zu ihrem Vorteil auszubeuten. Ja, nicht einmal in ihrem Beruf als Landwirte habe die Mehrzahl von ihnen die notwendige fachliche Bildung sich angeeignet; man lege nur alles darauf an, seinen Besitz durch Aufkauf kleiner Stellen zu erweitern und aus reinen Profitgründen die Schafzucht auf Kosten anderer Zweige der Landwirtschaft zu entwickeln.<sup>24</sup> Angesichts solchen Umgangs mit den Dorfbewohnern sei es „ein wahrer Greuel, daß fast überall Gutsherrn und Dorfbewohner wie Feinde einander gegenüberstehen; zu beklagen bleibt es, daß die sonst wohlthätigen

---

<sup>20</sup>Wilhelm Müller, Durch die Mehrzahl der größeren Grundbesitzer Schlesiens wird die aufstrebende Kultur der Provinz aufgehalten. Ein Beitrag aus der Vergangenheit zur Erklärung der Gegenwart, Wohlau 1848. Eine Kopie dieser Broschüre, die sich in der Universitätsbibliothek Wrocław/Breslau befindet, verdanke ich Helmut Bleiber, der in der historischen Literatur auch als erster auf das Wirken Müllers aufmerksam machte.

<sup>21</sup>Ebd., S. 21.

<sup>22</sup>Ebd., S. 3–6.

<sup>23</sup>Ebd., S. 10.

<sup>24</sup>Ebd., S. 13, 18 f.

Dienstablösungen vorübergehend die Feindschaft noch höher steigern.<sup>25</sup> Gegen die weitere Stärkung des Großgrundbesitzes im Gefolge der Ablösungen favorisierte Müller die Einrichtung und Förderung kleiner Bauernstellen mit sechs bis acht Morgen Landbesitz. Der kleine Grundbesitz bildete in seiner Sicht „recht eigentlich den gesunden Kern der Nation“.<sup>26</sup>

Dieses Pamphlet war – zumindest für Schlesien – die in dieser Zeit schärfste und umfassendste Kritik an der Gutsbesitzerklasse. Trotz zahlreicher moderater Formulierungen im einzelnen verließ dieser Text bereits strikt liberale Positionen, atmete vor allem durch das Eintreten für die einfachen Leute demokratischen Geist. Kein Wunder, daß es 1838 das Licht der Öffentlichkeit nicht erblickte. Das Oberzensurkollegium verweigerte mit 48 Einwänden die Drucklegung. Und der Oberpräsident, an den sich Müller beschwerdeführend gewandt hatte, schloß sich dem vorbehaltlos an.<sup>27</sup> Erst nach der Märzrevolution hat Müller das Manuskript mit der Bemerkung herausgebracht: „im Ganzen ... fand die große Staatsumwälzung die ländlichen Verhältnisse noch so, wie sie vor 10 Jahren *nicht* geschildert werden durften.“ Und die auch bei den schlesischen Demokraten weit verbreitete Distanz gegenüber den in diesen Wochen die Provinz erschütternden Landvolkaufständen, aber auch ein gewisses Verständnis dafür zu erkennen gebend, setzte er hinzu: „Die stürmischen Gewalttaten der letzten Tage, die sich die Gedrückten gegen die Drückenden zuschulden kommen ließen, sollen damit erklärt, aber nicht entschuldigt werden.“<sup>28</sup>

### Publizistik für die einfachen Leute

Nach diesen ernüchternden Erfahrungen mit der Zensur änderte Müller die Taktik. Er verlegte sich darauf, nicht so leicht abzulehnende Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Lage auf dem Lande zu unterbreiten. Darunter war manch gutgemeinte Illusion, aber auch praktisch Realisierbares, sofern man politische und soziale Strukturen zu ändern bereit war. Dabei knüpfte er durchweg an Überlegungen in dem verbotenen Aufsatz an.

Müllers Darlegungen können die Profession des Autors freilich nicht verleugnen; sie spiegeln nicht nur die Denkweise eines überzeugten gläubigen Protestanten, der im christlichen Glauben fest verwurzelt war, sondern erinnern nicht selten an den Stil von Predigten. Die Texte bezogen sich wiederholt auf die Verantwortung vor Gott und auf die Pflichten, die aus dem Christentum erwachsen. Pastoral behelnde Weitschweifigkeit vermischt sich immer wieder mit blumigen Umschreibungen der Realität. Allegorien sind an der Tagesordnung. Lakonische, wissenschaftlich präzise Kürze ist ihm fremd. All das erleichtert es einem Leser aus dem 21. Jahrhundert nicht gerade, immer den realen Kern seiner Aussagen herauszufiltern. Als Mann in Kirchen- und also auch in Staatsdiensten gab er sich, sicher nicht nur aus taktischen Gründen – aber dies wohl auch –, überzeugt staatstreu und weiß dann und wann den preußischen Staat auch mal als besten unter allen Staaten

---

<sup>25</sup>Ebd., S. 15.

<sup>26</sup>Ebd., S. 12.

<sup>27</sup>Ebd., S. 21 f.

<sup>28</sup>Ebd., S. 21.

zu preisen. Doch hindert ihn dies keineswegs, Unzulänglichkeiten, Schwächen, ja Fehler dieses Staates zur Sprache zu bringen.

Um den Bestrebungen der Großgrundbesitzer nach Vernichtung von Bauernstellen zur Erweiterung ihres Landbesitzes zu begegnen, plädierte er weiterhin für die Schaffung einer starken Schicht von kleinen Grundbesitzern. Zu diesem Zweck sollte durch Aktiengesellschaften, die nicht nach von ihm scharf kritisiertem Profit streben, sondern dem Gemeinwohl dienen, Grund und Boden aufgekauft und an landlose Dorfbewohner weitervermittelt werden.<sup>29</sup> Damit wollte er die verhängnisvolle Dominanz des Großgrundbesitzes schrittweise einschränken.

Das Wohl der kleinen Leute stand gleichermaßen im Mittelpunkt seiner Vorstellung von einem „für die große Masse des Volkes wünschenswerten neuen Geldinstitut“.<sup>30</sup> Es sollte anders als die Banken und Sparkassen, die nur an größeren Summen interessiert waren, die von den weniger wohlhabenden Dorfbewohnern in der Regel im Hause gehorteten und vor Diebereien nicht sicheren kleinen Geldsummen gegen geringe Zinssätze aufnehmen und dem Sparer jederzeit zur Verfügung stellen. Es gehe darum, „daß man den Ärmeren die Benutzung des erworbenen Geldes möglichst sichern und vorsorgend vermitteln müsse.“<sup>31</sup> Sympathie und Hilfe für Benachteiligte stand auch im Vordergrund eines Berichts über ein vornehmlich kirchlich determiniertes Thema, die „Zwietracht in größeren Parochien“.<sup>32</sup> Hier verlangte er, die enormen Unterschiede zwischen den reichen, mit Grund und Boden versehenen Pfarrstellen und den armen, die sich nur mit 120 Taler Pastoratsfixum begnügen müssen, schrittweise abzubauen.

## Um das Schicksal der ländlichen Proletarier

Am deutlichsten tritt die freilich gemäßigt-demokratische Grundorientierung in Müllers Publizistik zur Proletariatsfrage zutage. Im Januar 1842 löste der Beitrag des erzkonservativen Rittergutsbesitzers und Justitiars Johann Joseph Dittrich in den Spalten der „Provinzialblätter“<sup>33</sup> eine bis Ende 1843 anhaltende Debatte über die Proletarier, ihre Lage und Rolle in der Gesellschaft aus. Sie verlief noch in einer teils konservativ, ja reaktionär, teils liberal bis demokratisch geprägten Vorstellungswelt, war aber – anders als die Ende 1843 durch Wolffs „Kasemattenartikel“ angeschobene und durch den Weberaufstand endgültig auf sozialistische Positionen gebrachte, zweite schlesische Debatte um das Proletariat – weit entfernt von sozialistischen Anflügen.

Der Initiator dieser ersten schlesischen Proletariats-Diskussion, Johann Joseph Dittrich, auch Major der Bürgergarde und Kommandant des Landsturms in Schweidnitz, trauerte der „alten herrschaftlichen Kontrolle“ vor der Aufhebung der Erbuntertänigkeit nach. Für ihn waren die Arbeiter als Basis aller höheren Klassen nur

---

<sup>29</sup>M[üller]., Actien-Gesellschaften zum Aufkauf von Landgütern behufs deren Dismembration, in: SPB, Bd. 108, 1838, S. 507 ff., und Bd. 109, 1839, S. 20 ff.

<sup>30</sup>M[üller]., Ein für die große Masse des Volkes wünschenswertes neues Geldinstitut, in: SPB, Bd. 111, 1840, S. 575 ff.; Bd. 112, 1840, S. 24 ff.

<sup>31</sup>SPB, Bd. 111, S. 577.

<sup>32</sup>Pastor M[ülle]r., Die fortdauernde Veranlassung zur Zwietracht in größern Parochien, in: SPB, Bd. 114, 1841, S. 208 ff.

<sup>33</sup>J[ohann]. J[oseph]. Dittrich, Die Proletarier, in: SPB, Bd. 115, 1842, S. 40 ff. Zu Dittrich siehe Michael Rüdiger Gerber, Die Schlesischen Provinzialblätter 1785–1849, Sigmaringen 1995, S. 154.



eine „freikräftige Maschine“. In dieser tiefsten Klasse lägen indes die Wurzeln aller Verbrechen. Philanthropie ihr gegenüber sei selbst ein „Verbrechen an der Sozietät“. Deshalb müsse man hart durchgreifen. Nur „durch polizeiliche Überwachung“ und schärfste Kontrollen der Arbeiter in allen Lebensbereichen könne man der Gefahren Herr werden.

Dieser brutalen Stigmatisierung der Arbeiter, der ein anderer Gutsbesitzer lauthals applaudierte,<sup>34</sup> trat Müller sofort und mit aller Entschiedenheit entgegen.<sup>35</sup> Er stellte sich demonstrativ auf die Seite der Arbeiter, indem er seine Replik in die Antwort eines Arbeiters kleidete. Für ihn war es ein Skandal, „eine ganze Klasse von Mitmenschen, Mitchristen und Vaterlandsgenossen“ schlankweg als Verbrecher zu verleumden. Die Arbeiter bilden „einen ehrenwerten Stand“, den übrigen Ständen unentbehrlich. Ausgeschlossen von allen Bildungsmöglichkeiten, mit niedrigsten Löhnen abgespeist, nicht selten ganz ohne Arbeit, zwingt sie oft genug ihre katastrophale Lage, um nicht zu verhungern, zu Ungesetzlichkeiten. „Es ist eine neue Hörigkeit, eine viel schlimmere als es je gegeben hat.“<sup>36</sup> Gegen den Vorschlag des Justitiars, die Arbeiter nicht aus ihren Wohnorten herauszulassen, setzte er deren unbedingte Freizügigkeit, denn: Wie die Ökonomen ihre Ware stets zum höchsten Preis verkaufen wollen, muß es auch den Arbeitern erlaubt sein, „unsere Arbeitskraft auch dem zu verkaufen, der uns den besten Preis bietet; das sind wir uns und unseren Familien schuldig“.<sup>37</sup>

Die folgenden Beiträge bieten wenig Neues. Der Justitiar<sup>38</sup> blieb, unterstützt sogar von einem Amtsbruder Müllers, bei seinen Verleumdungen der Arbeiter, denen man in der Schule nur Lesen und Schreiben und Moral beizubringen habe: „Mehr aber bedarf der Proletarier nicht“, und er warf Müller vor, die Gefährdungen zu übersehen, die in der Vergangenheit bereits – so in Frankreich – vom „tiefen Demos“ ausgegangen seien. Müller<sup>39</sup> bekräftigte seinerseits den Standpunkt, daß er als Geistlicher die „niedrigsten Proletarier“ ebenso wie den König zur „Gemeinde der Christen“ zählt.<sup>40</sup> Aber er wies erstmals auch in die Richtung, in der er eine Lösung der Proletariatsfrage für möglich hielt: „Organisation bedarf die große Masse der Besitzlosen; alles Empfohlene desorganisiert sie. Verbindung unter sich – und mit den übrigen Volksklassen ist den Besitzlosen und der ganzen Gesellschaft not und wünschenswert. D[ittrich]. empfiehlt statt dessen nur Zwang.“<sup>41</sup> Natürlich visierte Müller mit dieser Organisationsforderung nicht die Bildung proletarischer Widerstandsvereinigungen zur Durchsetzung besserer Lebensverhältnisse an. Sein Anliegen bestand lediglich darin, die Arbeiter nicht mehr auszugrenzen und zu stigmatisieren, sondern in die gesellschaftlichen Beziehungen der sich formierenden bürgerlichen Gesellschaft einzubinden, sie zu gleichberechtigten Staatsbürgern zu

---

<sup>34</sup>SPB, Bd. 115, 1842, S. 225 ff.: Die Proletarier im Anklagezustande.

<sup>35</sup>Die Proletarier, gegen Dittrich offen vertreten von Pastor Müller aus Riemberg, in: SPB, Bd. 115, 1842, S. 233 ff. Moderate Schützenhilfe leistete ihm der Rittergutsbesitzer Carl von Koschützki aus Groß-Wilkowitz, Mitglied der Schlesischen Gesellschaft für Vaterländische Cultur. Siehe SPB, Bd. 115, 1842, S. 228 ff.

<sup>36</sup>Ebd., S. 234.

<sup>37</sup>Ebd., S. 235.

<sup>38</sup>J[ohann]. J[oseph]. Dittrich, Der Proletarier. Bedeutung, Sinn und Streben, in: SPB, Bd. 115, 1842, S. 467 ff.

<sup>39</sup>Die Proletarier, weiter vertreten vom Pastor Müller in Riemberg, in: SPB, Bd. 116, 1842, S. 43 ff.; Schlußworte in proletarischer Sache, in: SPB, Bd. 116, 1842, S. 160 ff.

<sup>40</sup>Ebd., S. 47.

<sup>41</sup>Ebd., S. 46.

machen. Aber das war in der konservativen schlesischen Öffentlichkeits-Atmosphäre der frühen vierziger Jahre schon eine bemerkenswerte, auffallende Stellungnahme.

Dieses damals sowohl von linken Liberalen als auch und vor allem von Demokraten verfochtene Konzept einer politischen und sozialen Integration der Arbeiter in die bestehende Gesellschaft lag dann auch Müllers umfangreicher Artikelserie von 1843 zugrunde,<sup>42</sup> mit der die Proletariatsdebatte der frühen 1840er Jahre in Schlesien ihren Höhepunkt und Abschluß fand, aber auch Müllers Mitarbeit an den „Provinzialblättern“ schloß. Er unterbreitete darin „eine Reihe von Vorschlägen, um auf teils philanthropischen, aber auch legislativen Wegen die materielle und sittliche Lage der Besitzlosen zu heben“, wobei er sich auf die ländlichen Arbeiter beschränkte, über deren Lage er Bescheid wisse.

Die meisten seiner Palliative unterscheiden sich nicht von denen, die damals massenhaft in verschiedenen Variationen erörtert wurden und keinerlei Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse zur Voraussetzung hatten. Sie waren oft entwaffnend naiv und durchweg illusionär. So verlangte Müller nicht etwa die Abschaffung des Gesindewesens, sondern lediglich seine bessere Organisation unter rückwärtsgewandter patriarchalischer Zielsetzung. Der Gutsherr müsse sich nur als Hausherr und Patron wirklich um das Wohl und Wehe seiner Hausgenossen kümmern. Dann gehe schon alles in Ordnung. In Frage stellte er auch die gutsherrliche Polizeiverwaltung nicht, sondern verlangte nur deren strengere Kontrolle durch den Staat, womit er allerdings dem tiefen Mißtrauen der Dorfbewohner gegenüber der gutsherrlichen Polizei Ausdruck gab. Dem Branntweinmißbrauch wollte er nicht – wie andere – durch Mäßigkeitsvereine, sondern durch höhere staatlich sanktionierte Alkoholsteuern beikommen. Auch sein Vorschlag, die Löhne um ein Drittel zu erhöhen, sollte vom Staat durchgesetzt werden. Und für die gewünschte Arbeit für Frauen und Kinder zu sorgen, freilich ohne daß deren Schulbesuch behindert werden sollte, wäre ebenfalls Sache des Staates.

Was Müller jedoch von vielen anderen auszeichnete, war zunächst und vor allem seine offene Parteinahme für die Proletarier. Scharf rechnete er mit all denen ab, die sich nur aus Furcht vor ihnen mit deren Schicksal befassen.<sup>43</sup> Und in drei Punkten liefen seine Vorschläge auf nachdrückliche Änderungen im Verhalten des Staates, ja durchaus auf gesellschaftliche Reformen hinaus.

*Erstens* fällt in seinen Darlegungen eine deutliche Orientierung auf den Staat als eigentlich entscheidendem Instrument zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse ins Auge. Mit liberalem „laissez faire“ hatte er absolut nichts im Sinn. Dabei spielte die Frage nach dem Charakter des Staates für ihn im Grunde zunächst keine Rolle. Er stellte einfach Ansprüche an den bestehenden Staat. Es sei Aufgabe staatlicher Organisation, entstehende gesellschaftliche Probleme und so auch die aufkommende soziale Frage des Proletariats ernst zu nehmen und zu lösen. Offenbar ging er dabei vom Beispiel der Reformzeit aus, als gesellschaftliche Umgestaltungen „von oben“, vom bestehenden Staat in Gang gesetzt wurden.

---

<sup>42</sup>[Friedrich Wilhelm] Müller, Eine Reihe von Vorschlägen, auf teils philanthropischen, aber auch auf legislativen Wegen die materielle und sittliche Lage zunächst der auf dem Lande wohnenden Besitzlosen zu heben, in: SPB, Bd. 117, 1843, S. 10 ff., 199 ff., 297 ff., 395 ff., 542 ff.; Bd. 118, 1843, S. 219 ff.

<sup>43</sup>SPB, Bd. 117, 1843, S. 203.

Die Einleitung zu seiner Artikelserie handelt nur davon;<sup>44</sup> sie macht aber auch schon auf einen Grundmangel des bestehenden Staates aufmerksam: Der bisherige Staat würde ausschließlich von den Besitzenden gebildet, konnte wohl, wie er meinte, zunächst auch nur so determiniert sein. Daher würden von diesem Staat aber auch nur die Interessen der Besitzenden berücksichtigt, zu denen er auch die Intellektuellen, also das Bildungsbürgertum und die in staatlichen und kirchlichen Ämtern Versorgten, also das Beamtentum, rechnet, „während die Interessen und Verhältnisse der Besitzlosen noch so gut wie unbeachtet blieben.“<sup>45</sup> Dahinter verbringt sich ohne Frage, zunächst noch unausgesprochen, eine Kritik am Ausschluß der Arbeiter an der gesellschaftlichen Mitwirkung und die später auch aufgestellte Forderung nach deren politischer Partizipation.

Blumig konstatiert er, daß mit den preußischen Reformen zwar „die mehr freigelassenen Kräfte dem Vaterlande zu schneller Blüte“ emporhalfen, doch damit zugleich eine Pauperisierung der arbeitenden Menschen einsetzte, ein Anwachsen der Masse der Besitzlosen vor sich ging. Deshalb gehe es jetzt darum, daß die „versorgte Hälfte“ der Gesellschaft der „unversorgten aufhelfen“ müsse.<sup>46</sup> Bislang hätten sich lediglich „Wohlmeinende“, also Privatleute, „Vereine und wohltätige Anstalten“ des proletarischen Elends angenommen. Aber das könne weder ausreichen noch eine Lösung des Problems bringen. Nur energische Eingriffe des Staates könnten zum Erfolg führen. Es gehe, so meinte er, um dreierlei: die Schaffung entsprechender sozialer Einrichtungen, die lohnende Arbeit herbeischaffen; die Nötigung von Arbeitsscheuen und die Versorgung der Arbeitsunfähigen. „Staatsweisheit hat die erste zu lösen, Staatsgewalt die zweite auszuführen, Staatsfürsorge die letzte zu übernehmen, soweit die allgemeine christliche Liebe ihr das Werk nicht abnimmt.“<sup>47</sup> Insbesondere beim Ausbau der Infrastruktur, beim Straßen- und Wegebau sieht Müller den Staat in der Verantwortung, um eine Vielzahl von Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen. Das umfangreiche Schlußkapitel seiner Artikelserie widmet er allein diesem Problem: „Der Wegebau in größter Ausdehnung und durch den Staat betrieben, kann die große Gesamtmasse aller Tagelöhner dem Elend des Pauperismus entrücken.“<sup>48</sup>

*Zweitens* verlangte Müller die Arbeiter aus ihrer Isolation zu reißen, ihre faktische Rechtlosigkeit zu überwinden, sie in allen Lebensbereichen, in der Gemeinde, im Kreis wie in der Provinz zu gleichberechtigten, wahlfähigen Bürgern zu erklären, ihnen die gleiche Rechtsstellung zu verschaffen wie den Besitzenden, ihnen in den Gemeindeversammlungen einen Platz zuzuweisen, ja sogar Arbeiter als Abgeordnete in die Landstände zu wählen.<sup>49</sup> Dies war der zentrale Punkt seines Konzepts: Es sei darüber nachzudenken, „was von der bürgerlichen Gesellschaft in dieser Beziehung ausgehen soll.“<sup>50</sup> Will man die Lage der arbeitenden Massen positiv verändern, muß man „etwas tiefer, inniger, harmonischer die gegenwärtige gesellschaftliche Organisation umgestalten“, die „Besitzlosen in bürgerliche

---

<sup>44</sup>Ebd., S. 10–17.

<sup>45</sup>Ebd., S. 11.

<sup>46</sup>Ebd., S. 12.

<sup>47</sup>Ebd., S. 13.

<sup>48</sup>SPB, Bd. 118, S. 199.

<sup>49</sup>SPB, Bd. 117, S. 385–391.

<sup>50</sup>Ebd., S. 386.

gesellschaftlichen Verbindungen“ eingliedern.<sup>51</sup> Blieben sie ausgeschlossen, dann werde sich unter den Arbeitern „der Geist der absoluten Opposition und eines bösen Mißtrauens ausbilden“.<sup>52</sup> Diese Forderung zielte auf eine beträchtliche bürgerlich-demokratische Aus- und Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Daß es sich dabei um ein Element der Demokratie handelt, wird sofort klar, wenn man Müllers Zielsetzung mit den Forderungen der Liberalen vergleicht, die allesamt nur Eigentümern die angestrebten politischen Rechte zugestehen wollten, die arbeitenden Massen jedoch von jeder politischen Partizipation ausschlossen.

*Drittens* setzte Müller ebenso wie zahlreiche andere Publizisten des Vormärz' auf eine deutliche Einschränkung der ökonomisch-sozialen Vormachtstellung des Großgrundbesitzes.<sup>53</sup> Er wollte keineswegs dessen Enteignung, schon gar nicht auf revolutionärem Wege, den er wie die Liberalen und nicht wenige Demokraten geradezu verabscheute. Als einzig gangbarer Weg erschien ihm die Förderung von kleinbäuerlichem Grundbesitz durch Dismembration von Großgrundeigentum auf friedlichem, reformerischen Wege.<sup>54</sup> Auf diese Weise glaubte er die soziale Frage auf dem Lande entschärfen, wenn nicht gar lösen zu können. Aber diese Vorschläge bewegten sich – bei aller Illusion – gleichwohl in eine fortschrittliche bürgerliche Richtung, zielten ab auf eine Veränderung der ländlichen Sozialstruktur, stärkten objektiv die ökonomisch-soziale Basis des demokratischen Elements auf dem Dorfe.

### Als Geistlicher in theologischen Kontroversen

Auch auf theologischem Felde wurde Müller Anfang der vierziger Jahre aktiv. Als sein alter Bundesbruder von den Breslauer Arminen und Freund Carl Adolph Suckow,<sup>55</sup> wie Müller 1824 zu mehrwöchiger Festungshaft verurteilt, inzwischen renommierter außerordentlicher Breslauer Theologieprofessor und kirchenpolitischer Führer des schlesischen Liberalismus, dessen Hauptthese „Theologia nisi philosophia nulla est“ lautete, 1842 unter dem Titel „Der Prophet“ eine eigene theologische Zeitschrift herausbrachte,<sup>56</sup> war Müller sofort zu Stelle und gehörte zu den ersten Mitarbeitern dieses Periodikums.

Sein Debüt galt einem aktuellen Problem theologischer Auseinandersetzungen, war eine kritische Erörterung der auch in Schlesien aufbrandenden Konflikte zwischen den Rationalisten und den orthodoxen, vom preußischen Staat nachdrücklich unterstützten Anhängern der konservativen bibelgläubigen Offenbarungslehre.<sup>57</sup> Als Anhänger eines geläuterten, eher gemäßigten theologischen Rationalismus, der sich

---

<sup>51</sup>Ebd., S. 387.

<sup>52</sup>Ebd., S. 391.

<sup>53</sup>Ebd., S. 303 f.

<sup>54</sup>Erstmals erörterte Müllers Einsatz für die Arbeiter im Sinne ihrer Integration und die Bestrebungen nach Bodenparzellierung zur Lösung der sozialen Frage Helmut Bleiber, *Zwischen Reform und Revolution*, Berlin 1966, S. 191.

<sup>55</sup>Zu Suckow siehe: Gesamtverzeichnis des deutschsprachigen Schrifttums (GV) 1700–1910, Bd. 192, S. 197 f.; ADB, Bd. 37, S. 107 (Franz Brümmer); Friedrich Wilhelm Bautz (Hg.), *Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon*, Bd. 11, Herzberg 1996, S. 165.

<sup>56</sup>*Der Prophet*. Eine Monatsschrift für die evangelische Kirche. Hg. v. C[arl]. A[dolph]. Suckow, Prediger an der Hofkirche, Licentiat der Theologie und außerordentlicher Professor an der Universität, Bd. 1–9, Breslau 1842–1847. Leider konnten bisher nur die Bände 1–5 (1842–1844) und 7–9 (1845–1847) eingesehen werden.

<sup>57</sup>Wilhelm Müller, *Dem Streit der Theologen in der evangelischen Kirche darf eine kirchliche Trennung nicht folgen*, in: *Prophet*, Bd. 1, 1842, S. 399 ff.

ausdrücklich auf den von ihm verehrten Schleiermacher berief, hielt er selbstverständlich diese Strömung für die „seit der Reformation bei weitem bedeutendste und wahrscheinlich auch folgenreichste Erscheinung in der Kirche“,<sup>58</sup> da sie Bewegung in die Theologie brachte und wesentlich zur Verinnerlichung beitrug. Doch wandte er sich entschieden gegen Tendenzen, aus diesem Streit ein Kirchenschisma im Protestantismus werden zu lassen. Wie in allen seinen Schriften eher zu Harmonisierung als zu Polarisierung neigend, entwickelte er theologische Argumente, die diese Konflikte lediglich als produktives Element für eine lebendigere Kirche geltend machen sollten, weil beide Richtungen ja am evangelischen Grundprinzip festhielten, das nur die Schrift höchste Glaubensquelle ist. Zugleich nutzte er die Polemik, um auch Mißstände in der Kirche anzuprangern: Mängel bei der „Wahl und Berufung von Geistlichen von Seiten der Patrone und noch mehr der Gemeinden“ und Ausschluß der Besitzlosen aus der Gemeindeverfassung: „Fast wie im Staate nur die Besitzenden Rechte genießen, ist es zu Unrecht auch in der Kirche geworden: wer nichts oder wenig besitzt, zählt und wählt nicht mit“.<sup>59</sup>

Von dem Bemühen, gegensätzliche Standpunkte auf theologischem Gebiet eher als belebendes Element evangelischer Religiosität zu akzeptieren denn schlangweg zu verwerfen und zugleich drohenden Kirchenspaltungen vorzubeugen, war auch Müllers Auseinandersetzung mit der zentralen Schrift eines Führers der Lichtfreunde getragen, Gustav Adolph Wislicenus' „Ob Schrift? ob Geist?“<sup>60</sup> Wie „Der Prophet“ sich generell mit den konfessionellen Dissidentenbewegungen des Vormärz zwar kritisch, aber doch mit bemerkenswertem Verständnis auseinandersetzte,<sup>61</sup> so zollte auch Müller Wislicenus zunächst großen Respekt wegen seiner „edlen Haltung“ und Klarheit und tadelte, daß er bisher nur ungerechte Gegner gehabt hätte. Zwar distanzierte auch er sich von Wislicenus' Gegenüberstellung von Geist und Schrift, der in Abkehr vom reformatorischen Schriftprinzip die Anerkennung des in den Menschen selbst „innewohnenden lebendigen Geistes der Wahrheit“ zur Norm des Christentums erklärt hatte,<sup>62</sup> verteidigte sogar – gegen Wislicenus' Kritik des rational nicht nachvollziehbaren Wunderglaubens – Wunder als Ausdruck göttlicher Offenbarung, die „der gläubigen Seele einen großen Dienst“ leisten würden, wandte sich jedoch entschieden gegen seinen Ausschluß aus der Kirche, ja gestand dem lichtfreundlichen Rationalismus sogar zu, in mancher Beziehung zu einer mehr schriftlichen Begründung des Glaubens zurückzukehren.<sup>63</sup> Nur wenn man in einem Kirchenverband verbleibe, „bleiben die Gegensätze in der Lehre flüssig, die Trennung macht sie stabil.“<sup>64</sup>

Müller verfocht konsequent die lutherische Glaubensbezogenheit auf die Schrift. Doch verlangte er, sich in erster Linie auf die frühen urchristlichen Zeugnisse zu berufen und verwarf die Einbeziehung späterer, unter Papstherrschaft fixierter

---

<sup>58</sup>Ebd., S. 399.

<sup>59</sup>Ebd., S. 411.

<sup>60</sup>Wilhelm Müller, Vom Irrtum des Wislicenus und dem größeren derer, die ihn aus der Kirche drängen wollen, in: Prophet, Bd. 7, 1845. S. 1–21. Zu Wislicenus siehe ADB, Bd. 43, S. 542 ff. (G. Frank), und Martin Friedrich, Wislicenus, Gustav Adolph, in: Friedrich Wilhelm Bautz (Hg.), Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XIII, Herzberg 1998, S. 1424 f.

<sup>61</sup>Ein Blick in den Bau der christkatholischen Kirche, namentlich in Schlesien, in: Prophet, Bd. 9, 1847, S. 201 ff.

<sup>62</sup>Friedrich, Wislicenus, S. 1424 f.

<sup>63</sup>Prophet, Bd. 7, S. 19.

<sup>64</sup>Ebd., S. 18.

Glaubenssätze. Daher erklärte er auch den ersten Artikel der Augsburger Konfession, die auf die erst auf dem Konzil von Nicaea (325) sanktionierte sogenannte Dreifaltigkeitslehre zurückging, für im Kern unevangelisch, weil sie „einer Zeit und Vorstellungsweise angehört, in welcher trübende Einflüsse einer heidnischen Welt der ewigen Wahrheit des Christentums sich beimischen.“<sup>65</sup> Auf soziale Aspekte des Urchristentums kam er zwar nirgendwo direkt zu sprechen. Gleichwohl läßt der hohe Stellenwert, den er dem Urchristentum im Glaubensgebäude des Protestantismus beimaß, vermuten, daß diese Sicht auch seine Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit in der diesseitigen Welt beeinflussten. Darauf deutet auch seine bereits erwähnte Kritik an der Vorherrschaft der Besitzenden in der Gemeindeordnung hin.

Ein Kabinettstück besonderer Art war seine, von Suckow für veröffentlichungswürdig befundene Predigt von August 1843, die er dem Millenium des Vertrags von Verdun 843 gewidmet hatte.<sup>66</sup> Er nutzte dieses Ereignis, mit dem die Herausbildung eines selbständigen deutschen Staates und Volkes eingeleitet wurde, zu einem patriotischen Hohelied auf Leistungen und Verdienste des deutschen Volkes: Vom Kampf gegen die Römer, als die Deutschen noch in der „Nacht des Heidentums“ steckten, sie aber schon „eine lebendige und innige Ahnung des einigen Gottes durchdrang“,<sup>67</sup> über die Missionierung durch Bonifatius, die Abwehr der Hunnen, Mongolen und Türken, die Reformation, durch die „von Deutschland aus in viele Länder das evangelische Licht“ leuchtete,<sup>68</sup> die Erfindung des Buchdrucks durch Gutenberg bis hin zum Befreiungskrieg von 1813. Die deutsche Geschichte bezeugte in seinem Verständnis ein permanentes Ringen um Unabhängigkeit und Freiheit, das Gott zu danken sei: „Nun, meine Geliebten, vom Anfang bis hierher ist Gott offenbar als ein Vater in der Geschichte der Deutschen.“<sup>69</sup> Doch vergaß er darüber nicht, auch die Unterdrückung anderer Völker durch die Deutschen an den Pranger zu stellen: „So oft die Deutschen der eitlen und unevangelischen Kampflust in den 1000 Jahren, auf welche wir heute zurückblicken, nachgaben und ihre Macht mißbrauchten zur Unterdrückung fremder Volksstämme, blieb es ein Greuel vor Gott, und vielfach strafte Gott ihren Frevel durch nachfolgendes Verderben.“ Und er beschwor seine Landsleute pathetisch: „Fern bleibe ihnen also jede eitle Kampflust, als der mächtige Hort des Friedens werde das deutsche Land erfunden, und die deutschen Männer als des Friedens Herolde und Wächter.“<sup>70</sup>

Schließlich mühte sich Müller zweimal, die Branntweingefahr auch unter theologischen Aspekt zu erörtern.<sup>71</sup> Dabei warnte er vor einer absoluten Stigmatisierung des Alkohols, was ihm sofort die Kritik von Amtsbrüdern einbrachte; und er lehnte die Mäßigkeitsbewegung nun aus theologischen Gründen, wegen des angeblichen Gelübdes zur Enthaltbarkeit als Einschränkung der evangelischen

---

<sup>65</sup>Prophet, Bd. 9, 1847, S. 157–166, hier S. 165 f.

<sup>66</sup>Wilhelm Müller, Predigt, gehalten in der Kirche zu Riemberg den 6. August 1843: Von den großen Taten Gottes im deutschen Volk, wie sie offenbar wurden in dem verflossenen Jahrtausend seines selbständigen Bestehens, in: Prophet, Bd. 2, 1843, S. 385 ff.

<sup>67</sup>Ebd., S. 391.

<sup>68</sup>Ebd., S. 393.

<sup>69</sup>Ebd., S. 391.

<sup>70</sup>Ebd., S. 397 f.

<sup>71</sup>W[ilhelm]. Müller, Vom Branntwein und dem, was zur Beschränkung seines Genusses geschehen darf. Ein Wort aus dem Standpunkte der evangelischen Kirche, in: Prophet, Bd. 4, 1844, S. 336 ff.; ders., Zur Besprechung der Enthaltbarkeitssache, in: Prophet, Bd. 4, 1844, S. 223.

Willensfreiheit, rigoros ab und schob wiederum dem Staat die Hauptverantwortung für eine Einschränkung des Alkoholverbrauchs mittels Erhöhung der Branntweinsteuer zu.

Müllers Intervention in die theologischen Diskussionen in Schlesien machte ihn bald über die Grenzen seines Kreises bekannt. Dies um so eher, als er als Vorsteher einer der vier Ruralkirchen Breslaus stets in enger Verbindung zur schlesischen Hauptstadt stand. Immerhin war er inzwischen in den führenden Kreisen des schlesischen Protestantismus so bekannt geworden, daß man ihn 1844 als Mitglied in die schlesische Provinzialsynode aufnahm.<sup>72</sup>

### Auftakt der Revolutionsbewegung im Kreis Wohlau

Die Berliner Märzrevolution mit den von ihr für Preußen erkämpften demokratischen Freiräumen eröffnete für Friedrich Wilhelm Müller gänzlich neue Chancen gesellschaftspolitischen Engagements. Die Revolution von 1848 wurde zum Höhepunkt seines politischen Wirkens. Wie zahlreiche andere ehemalige Burschenschafter, die schon im Vormärz politisch und sozial Farbe bekannt hatten, stürzte er sich nun ins öffentliche politische Leben und suchte unter den neuen Bedingungen offen seine alten Ideale durchzusetzen. Wie manch anderer geistlicher Amtsbruder gehörte er weder zu den völlig Angepaßten noch zu denen, die das hart angeschlagene, in seiner Sicht bereits gestürzte halbfeudale Regime verteidigten, sondern stellte sich der nun möglich erscheinenden Neugestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse zur Verfügung. Er verließ sein stilles schlesisches Dörfchen und stieg in die große Politik ein.

In seinem ländlichen Umfeld erreichten die Aktionen des Landvolks zwar nicht das Ausmaß und die Schärfe der Aufstandsbewegungen im schlesischen Vorgebirgsstreifen und in anderen Teilen der Provinz,<sup>73</sup> ruhig blieb der Kreis Wohlau indes mitnichten.<sup>74</sup> In den meisten Dörfern verzichteten die Landleute gewiß darauf, durch Massendruck ihre feudalen Unterdrücker zur Aufgabe der Feudalverpflichtungen zu veranlassen, weswegen sie von den Behörden wie den angstschlotternden Gutsbesitzern später öffentlich belobigt wurden.<sup>75</sup> Doch setzten am 27. März auch im Kreis Wohlau in mehreren Dörfern Unruhen ein, die bis zum 31. März anhielten.<sup>76</sup> Die Gemeinde Mondschütz erzwang durch Demonstration und massive Drohungen als erste eine schriftliche Verzichtserklärung ihres Gutsherrn auf weitere Abgaben und Leistungen. Neun weitere Dörfer folgten: Schöneiche, Groß-Kreidel, Pavelschöne, Nisgave, Heinzendorf, Schönbrunn. Mönchmotschelwitz, Züchline, Ober- und Unter-Altwohlau. Besonders heftig waren die

---

<sup>72</sup>Hoppe, Stürmer, Chronik, S. 22.

<sup>73</sup>Dazu Helmut Bleiber, Bauern und Landarbeiter in der preußischen Provinz Schlesien in der Märzrevolution 1848, in: Walter Schmidt (Hg.), Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1998, S. 81 ff.

<sup>74</sup>Zum folgenden siehe die Berichte und Materialien in: Schlesischer Kreisbote. Ein Blatt für Leser aller Stände (im folgenden: SKB), Wohlau, 13. Jgg. 1848 und 14. Jgg. 1849. Für einen Mikrofilm dieses in der Universitätsbibliothek von Wrocław/Breslau überlieferten Blattes danke ich Herrn W. Sobocinski. Siehe dazu auch die lokalgeschichtlichen Miszellen zur Revolution von 1848 im Kreis Wohlau von Friedrich, 1848, in: Heimatblätter des Kreises Wohlau (Beilage zur Schlesischen Dorfzeitung – Wohlauer Zeitung) (im folgenden: Heimatblätter), 6. Jgg. 1927, S. 21 f., 32 f., 36 f., 47 f., 62., 70 f.

<sup>75</sup>SKB, Allgemeiner Kreisblatt-Anzeiger (im folgenden: AKA) Nr. 28 und 29, 8. und 12. April 1848.

<sup>76</sup>Hierzu der Bericht des Landrats vom 11. April 1848 in: SBK/AKA Nr. 29, 12. April 1848.

Auseinandersetzungen mit den Gutsherrn in Pavelschöne, Nisgave, Heinzendorf, Schönbrunn und Altwohrlau. Einen Höhepunkt erreichte der Widerstand des Landvolks im Kreis Wohlau mit so genannten „Exzessen“ in Bresla und Aktionen von Ziegeleiarbeitern und Landarbeitern in der Umgebung von Dyhrenfurth am 28. März,<sup>77</sup> die nur durch den Einsatz einer Breslauer Jägerabteilung gegen die Rebellen und die Verhaftung und Arretierung ihrer Rädelsführer in der Kreisstadt unterdrückt werden konnten. Der Versuch, die Gefangenen am 29. März zu befreien, scheiterte. Mehrere Gemeinden trugen ihre Forderungen in Bittschriften dem Gutsherrn vor. Wie stark aber der Druck der Bauern und Inlieger im ganzen Kreis war, zeigen die massiven Forderungen, die in der Wahlbewegung im April in Volksversammlungen und deren Programmen auftauchten. Überall stand die Abschaffung der Feudallasten an erster Stelle.

In Riemberg und in der zum Kirchenverband gehörenden Nachbargemeinde Pathendorf erhoben sich die Bauern und Landproletarier nicht, während im benachbarten Thiergarten wie in Leipzig immerhin in Form einer schriftlichen Bitte an den Herrn von Köckritz die sofortige Aussetzung der Feudalleistungen verlangt wurde.<sup>78</sup> Wie fast alle schlesischen Demokraten<sup>79</sup> lehnten auch die führenden politischen Akteure des Kreises Wohlau revolutionären Widerstand gegen die Feudalherren ab. Sie suchten wie der Gerichtsrat Eduard Göppert aus Wohlau die aufständischen Bauern aufklärend damit zu beschwichtigen, daß die errungene Freiheit nicht auch schon Freiheit von Abgaben bedeute.<sup>80</sup> Der Dyhrenfurther Arzt Dr. Hermann Wollheim erklärte den Ausbruch der Unruhen mit der mangelnden Bildung der einfachen Leute und verlangte deshalb, für eine friedliche Regelung der sozialen Verhältnisse „die weniger gebildeten Stände, Arbeiter, Landleute usw.“ unbedingt in die Versammlungs- und Vereinsbewegung einzubeziehen.<sup>81</sup> Friedrich Wilhelm Müller hatte, wie er kurz darauf öffentlich bekannte, beruhigend und beschwichtigend auf die Dorfbewohner eingewirkt.<sup>82</sup> Gewaltsamer revolutionärer Widerstand gegen die Rittergutsbesitzer war auch seine Sache nicht. Doch „so ruhig wollte ich freilich die Leute nicht machen, daß sie die neue Zeitwende unbeachtet gelassen hätten und ihre Wahlen dahin lenkten, woher für sie nichts zu hoffen war.“ Raten wollte er auf keinen Fall „zu dem Frieden, wie ihn *Die* gern bewahrt wüßten, die die Fortdauer aller alten Ungerechtigkeiten noch jetzt wünschen“. Durch Gesetze sollten die Verhältnisse auf dem Lande friedlich zugunsten des Landvolks verändert werden. Im April empfahl er ihnen in einer Erklärung zu den angekündigten Wahlen: „Ehrt das Gesetz und weicht nicht um ein Haar von seiner Vorschrift.“<sup>83</sup>

Erst nach Aufhebung der Pressezensur entfaltete sich seit der dritten Märzdekade auch das öffentliche politische Leben im Kreis. Neben Göppert und Wollheim stand Müller dabei in vorderer Reihe. Das Wohlauer Lokalblatt „Schlesischer Kreisbote“ berichtete seit dem 23. März über die Vorgänge in Berlin

<sup>77</sup>Bericht in: SKB, Nr. 27, 5. April 1848.

<sup>78</sup>SKB, Nr. 28, 8. April 1848.

<sup>79</sup>Helmut Bleiber, Die Haltung von Gutsherren, Behörden und Bürgertum zur revolutionären Bewegung der schlesischen Bauern und Landarbeiter im Frühjahr 1848. Reaktionen und Reflexionen, in: Jahrb. f. Gesch., Bd. 21, Berlin 1980, S. 142 ff.; Walter Schmidt, Moritz Elsner und die schlesische 1848er Demokratie, erscheint in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, 2004.

<sup>80</sup>Eduard Göppert, Worte an das Volk, in: SKB, Nr. 25, 29. März 1848.

<sup>81</sup>SKB, Nr. 28, 8. April 1848.

<sup>82</sup>Rede auf der Wohlauer Volksversammlung vom 28. April 1848 in: SKB, Nr. 35, 3. Mai 1848.

<sup>83</sup>Liebe Landsleute!, in: SKB, Nr. 30, 15. April 1848.



und Breslau und zunehmend auch im eigenen Kreis. Vor allem die Vorbereitungen auf die Wahlen, die in der ersten Aprildekade einsetzten, weckten größere Teile der städtischen wie ländlichen Bevölkerung zu politischem Leben und mobilisierten jene Kräfte, die dem demokratischen Fortschritt dienen wollten. Bereits am 4. April sprach sich eine Volksversammlung von dreihundert Teilnehmern bei Winzig für eine konstitutionelle Monarchie aus, verlangte schleunigst ein Wahlgesetz für eine verfassungsgebende Versammlung Preußens und wählte einen Ausschuß.<sup>84</sup> In Leubus bildete sich am 13. April ein „Verein der Urwähler“ und bald darauf ein konstitutioneller Verein.<sup>85</sup> Die Volksschullehrer riefen zum gleichen Zeitpunkt zu einer Kreisversammlung auf, um ihre Forderungen zu beraten. Am 16. April beschloß der Ausschuß für den Nordteil des Kreises in Winzig als sein politisches Programm:<sup>86</sup> Sparkassen für die kleinen Einkommen, Erleichterung der Dismembration großer Güter, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, Steuergerechtigkeit nach der Leistungsfähigkeit, eine Verabschiedung eines Wildschadengesetzes und die Beschränkung der Dominalpolizeigewalt, zumeist Forderungen, die Müller bereits im Vormärz verfochten hatte. Am 25. April veranstalteten die Handwerker des Kreises in Wohrlau ihr erstes Treffen. In der Kreisstadt formierte sich Anfang Mai unter der Leitung von Göppert, der in diesen Wochen gemeinsam mit dem Hermann Wollheim im „Kreisboten“ eine intensive politische Aufklärungskampagne betrieb, ein politischer Verein, der bald siebzig Mitglieder zählte.<sup>87</sup> Er setzte sich „Bildung und Erhaltung des politischen Lebens im Volk“ zum Ziel. Mitte Mai trat er erstmals mit einer Adresse gegen die Rückberufung des Prinzen von Preußen hervor und erklärte kurz darauf, den von der Regierung dem Berliner Parlament unterbreiteten Verfassungsentwurf für unbrauchbar.

### Bekanntnis zur Revolution in der Wahlkampagne

Friedrich Wilhelm Müller zählte neben Wollheim und Göppert zu den führenden politischen Aktivisten im Kreis. Er begrüßte sofort die Revolution vom 18. März und gedachte in einem Ende März 1848 geschriebenen Artikel für die „Schlesischen Provinzialblätter“ der Toten, welche für die Freiheit starben.<sup>88</sup> „Der Friedrichshain wird ein Wallfahrtsort der deutschen Nation. Auch ein Breslauer Jungmann fand dort sein schönes Grab.“ Das Bekenntnis zur Revolution verband er mit der Erinnerung an seinen, ein Jahr zuvor verstorbenen Freund und Gesinnungsgefährten Carl Adolph Suckow, den er nun als einen Vorkämpfer der Freiheiten feierte, die soeben errungen worden waren. Suckows unermüdlichen Einsatz für kirchliche und bürgerliche Freiheiten verglich er mit dem der Berliner Barrikadenkämpfer. Er sei zwar nicht von einer Kugel im Kampf für die Freiheit wie die Berliner Märzkämpfer getötet worden, „aber sein Eifer für sie hat ihn verzehrt.“ Man möge daher auf Suckows Grab einen Kranz legen.

---

<sup>84</sup>SKB, Nr. 28, 8. April 1848.

<sup>85</sup>SKB, Nr. 31, 19. April 1848.

<sup>86</sup>SBK, Nr. 35, 26. April 1848.

<sup>87</sup>SKB, Nr. 41, 27. Mai 1848.

<sup>88</sup>Wilhelm Müller, Suckow, gestorben den 1. April 1847, in: SPB, Bd. 127, 1848, S. 355 f.

Diese Parallele zwischen den Gräbern im Berliner Friedrichshain und dem Breslauer Grab von Suckow brachte Müller umgehend die geharnischte Kritik eines Suckow-Bruders und protestantischen Amtsbruders ein.<sup>89</sup> Carl Suckow, so meinte dieser, hätte nie „einen blutigen Kampf wider die gesetzliche Macht“ gebilligt und den Gefallenen auch keine Ovationen dargebracht, sondern dies alles höchstens beklagt. Wie sehr Müller indes die Revolution als Erfüllung alter Ziele aus der Burschenschaftszeit empfand und verstand, ist daran zu erkennen, daß er ausdrücklich an Suckows und seine Bestrebungen in der Breslauer Arminia erinnerte, als man für das Tragen der deutschen Farben „fast mit Zuchthaus zu büßen fürchten, und Relegation und Festungsarrest dafür als Gnaden ansehen musste“.<sup>90</sup>

Kein Wunder, daß ein Pfarrer von solcher Geisteshaltung sich der politischen Verantwortung eines Fortschrittmanns nicht versagte. Müller schaltete sich bereits Ende März in das politische Leben im Kreis Wohlau ein. Am 25. März schickten die Bewohner von Riemberg eine mit Sicherheit von Müller initiierte und verfaßte Adresse nach Berlin, in der sie gegen die Einberufung des Vereinigten Landtags protestierten, sofortige Urwahlen zu einem Parlament forderten und sich für die Befreiung Polens und die Herstellung eines polnischen Staates in alter Größe durch einen Krieg gegen Rußland einsetzten.<sup>91</sup> „Die Deutschen können sich ihrer Freiheit nicht eher ganz erfreuen, bis die deutschen Fahnen in Polen wehen. Der preußische schwarze Adler muß neben dem polnischen weißen Adler rauschen. An den Preußen ist es, die Ersten zu sein, welche den europäischen Kreuzzug gegen die Russen beginnen ... Aber auch den Russen keinen Haß, sie sind Dränger, weil sie Gedrückte geworden sind.“

Seit Anfang April betrieb er eine intensive Wahlagitation und stellte sich als Kandidat für die preußische Konstituante zur Verfügung. In einem leider nicht überlieferten Wahlaufruf, als Flugblatt oder Broschüre im April unter dem Titel „Eine Ansicht über die Entbürdung der Landleute“ in Wohlau erschienen,<sup>92</sup> trug er sein schon im Vormärz entwickeltes Konzept der Aufteilung großer Güter zugunsten der armen Landbewohner mit dem Ziel vor, auf dem Lande den kleinen Grundbesitz zu fördern. Die „Schlesische Zeitung“ empörte sich lauthals darüber, dadurch würde der Bankrott Schlesiens herbeigeführt.<sup>93</sup> Da die Dorfbewohner seinen Vorschlag offenbar als Aufforderung zur Aufteilung der Rittergüter verstanden und er überdies im Kreis selbst deswegen angegriffen wurde,<sup>94</sup> sah Müller sich zu der Berichtigung veranlaßt, daß es ihm nur um die Dismembration staatlicher Domänen und nicht der privaten Rittergüter gehe.<sup>95</sup> Demgegenüber war auf einer Volksversammlung in der Grosener Erbscholtisei die radikale Forderung vorgetragen worden, den Grund und Boden generell neu aufzuteilen. Jeder Häusler solle 10 Morgen Land und zwei Kühe erhalten

---

<sup>89</sup>Ed[uard]. Suckow P[astor]., Berichtigung einer Erinnerung an C[arl]. A[dolph]. Suckow, in: SPB, Bd. 127, 1848, S. 521 ff.

<sup>90</sup>SPB, Bd. 127, S. 356.

<sup>91</sup>SKB, Nr. 30, 15. April 1848; siehe dazu auch Helmut Bleiber, Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung in der Wahlbewegung im Frühjahr 1848 in Schlesien, in: Jahrb. f. Gesch., Bd. 7, Berlin 1972, S. 410.

<sup>92</sup>SKB, Nr. 35, 3. Mai 1848, S. 145 f.

<sup>93</sup>Bleiber, Die Haltung der Parteien gegenüber der Landbevölkerung, S. 410.

<sup>94</sup>SKB, Nr. 35, 3. Mai 1848.

<sup>95</sup>Ebd.

und den Armen auf den Dörfern Mietfreiheit gewährt werden. Und reiche das Land der „Dominien“ dafür nicht aus, müßten auch die großen Bauern etwas abtreten.<sup>96</sup>

Auf der von den Bürgermeistern von Wohlau, Dyhrenfurth und Auras sowie anderen prominenten Persönlichkeiten des Kreises initiierten zentralen Kreis-Wahlkundgebung auf dem Exerzierplatz bei Wohlau am 27. April, an der 1.000 Bürger aus Stadt und Land teilnahmen, waren Müller, Wollheim und Göppert die Hauptredner. Man beriet, was in Zukunft zu tun sei.<sup>97</sup> Die Beseitigung der Feudallasten stand, von Wollheim und Müller als besonders wichtig bezeichnet, im Mittelpunkt. Müller klagte die feudale Unterdrückung scharf an und verlangte eine Parzellierung von Dominien, was zu heftigen Auseinandersetzungen in den nächsten Wochen führte. Angegriffen, eine Rede „voll der gehässigsten Aufreizungen“ gehalten zu haben, bewies er in einer längeren Erwiderung an zahlreichen Beispielen, daß seine Aussage, die armen Leute seien bisher von Gutsbesitzern und Behörden gequält worden, ihre Richtigkeit hat.<sup>98</sup>

Dank seinem jahrzehntelangen Eintreten für das Landvolk, das in den Wochen der Wahlvorbereitung einen Höhepunkt hatte, hatte Müller bei den Wählern Hochachtung und Vertrauen erworben. Seine Wahlchancen standen daher gut. Als die 84 Wahlmänner am 8. Mai im Wohlauser Rathaussaal über die Deputierten für die preußische Verfassunggebende Versammlung abstimmten, war der Riemberger Pastor die erste Wahl.<sup>99</sup> An die Seite stellten sie ihm als seinen Stellvertreter Hermann Wollheim, einen engagierten Demokraten. Beide forderten ihre meist bäuerlichen und proletarischen Wähler auf, ihnen ihre besonderen Wünsche und Forderungen mitzuteilen. Müller versprach, sich in Berlin für ihre Interessen einzusetzen und sie im „Kreisboten“ regelmäßig über seine Erlebnisse und Erfahrungen in der Versammlung zu informieren. Obwohl seine Frau schwerkrank darniederlag, machte er sich rechtzeitig auf den Weg. Am 20. Mai, zwei Tage vor Parlamentseröffnung, traf er in Berlin ein.

Deputierter in der preußischen Konstituante: „Politisch unzuverlässig; meist nach links hin schwankend“<sup>100</sup>

Der erste Bericht vom 26. Mai bot den Lesern ein Bild vom politischen Leben in Berlin und Potsdam und von der Eröffnungssitzung des Parlaments am 22. Mai.<sup>101</sup> Dieser Text weist Müller – seiner politischen Haltung nach – als einen überzeugten linken, zum demokratischen Lager tendierenden Liberalen aus, dem Reaktionäre wie Republikaner zwar als „Vaterlandsverräter der einen wie der anderen Sorte“ abhold waren, der sich aber nach links hin durchaus offen verhielt und sich nur einem schnellen Übergang zur Republik verweigerte: „Wer zur Stunde die Rückkehr zum

---

<sup>96</sup>Ebd.

<sup>97</sup>SKB, Nr. 33 und 34, 22. und 29. April 1848.

<sup>98</sup>SKB, Nr. 35, 3. Mai 1848, S. 146.

<sup>99</sup>Abgeordnetenwahl in Wohlau, in: SKB, Nr. 37, 10. Mai 1848.

<sup>100</sup>So in einer Zusammenstellung der demokratischen „Allgemeinen Oder-Zeitung“ vom 8. September 1848: „Die Deputierten Schlesiens bei der konstituierenden Versammlung in Berlin nach ihrer Parteistellung“. Diese Übersicht stützte sich auf das Abstimmungsverhalten, das eine „Conduiten-Liste aller Abgeordneten zu Berlin“ verzeichnet hatte, in: GStAPK, VI. HA, NL Niebour, A IV, Bl. 146 ff.

<sup>101</sup>Reisebericht des Pastors Müller-Riemberg aus dem Jahre 1848, Wiederabdruck in: Heimatblatt des Kreises Wohlau, 6. Jgg. 1827, Nr. 10. S. 85 ff., und in: Wohlau-Steinauer Heimatblatt, 5. Jgg., Nr. 5/2003, S. 12 ff.

absoluten Königtum oder den schnellen Übergang zur Republik will, ist ein Landesverräter. Der Versuch mit der Konstitution muß ehrlich gemacht werden.“<sup>102</sup> Schon im nächsten Deputiertenbericht vom 5. Juni bekannte er freimütig „im linken Zentrum“ zu sitzen; „auf diese Stelle führte mich meine politische innere Überzeugung“.<sup>103</sup> Den von der Regierung dem Parlament überreichten Verfassungsentwurf, über den zu beraten war, qualifizierte er sofort als „bloße Kompilation“, die weder reif sei, noch Fortschritt verkörpere.

Der Bericht über die Eröffnungssitzung betonte die Harmonie und enthielt sich jeder kritischen Äußerung gegenüber dem König und seiner Thronrede. Der König war für ihn eine unantastbare politische Größe, deren Notwendigkeit er, freilich in den durch eine Konstitution gesetzten Grenzen, bis zuletzt nie in Frage stellte. Er wollte eine konstitutionelle Monarchie auf demokratischen Grundlagen. Auch teilte er mit anderen die Illusionen über die Macht des Parlaments. Die von seinem nach Berlin nachgereisten Stellvertreter Wollheim ihm überbrachte Nachricht vom plötzlichen Tod seiner Frau zwang ihn, für einige Tage nach Riemberg zu fahren, so daß der erste Bericht mit „Riemberg, den 26. Mai“ signiert war. Wollheim vertrat ihn wenige Tage im Parlament. Bereits am 30. Mai war er jedoch wieder in der Berliner Versammlung.

Ein großer und häufiger Debattenredner war Friedrich Wilhelm Müller nicht. Grundsatzreden waren aus seinem Munde nicht zu hören. Auch waren seine wenigen Parlamentsreden, weil nicht selten etwas weitschweifig, umständlich und nicht gleich auf den Punkt kommend, im Plenum, das in der Mehrheit instinktiv wohl auch etwas gegen das Pastorale eines Predigers hatte, nicht gerade beliebt und wurden auch mal unmutig mit „Zur Sache“ oder mit freundlichem Gelächter unterbrochen. Gleichwohl hatte er, freilich auf seine nicht ganz einfache Weise, doch Wesentliches zu sagen, wußte sich gegenüber seinen Gegnern durchzusetzen und erhielt bisweilen sogar ein „Bravo von links“. Sein Debüt gab er am 30. Mai in der Debatte um die Geschäftsordnung.<sup>104</sup> Gegen Rodbertus, der die Plenumsberatungen solange aussetzen lassen wollte, bis das Parlament über ein eigenes, in den Abteilungen erarbeitetes Reglement verfügte, machte er mit anderen geltend, daß dies im Volk auf Unverständnis stoßen würde. „Würden die Verhandlungen ausgesetzt, so würde das von Seiten des Volkes wie eine Mittagspause der Abgeordneten angesehen werden.“<sup>105</sup> Eine Woche darauf attackierte er die Regierung mit der Anfrage, wo sie denn „gegenwärtig den Sitz der höchsten Staatsgewalt im Kaiserstaat erachtet“, in Innsbruck, wohin der Kaiser geflüchtet war, oder in Wien, wo die Regierung sitzt.<sup>106</sup> An der großen Demonstration zu den Gräbern der Märzgefallenen im Friedrichshain am 4. Juni nahm er selbstverständlich teil und ergriff auf dem Friedhof auch das Wort. Er sprach „im Namen der Provinzen den Berlinern deren Anerkennung aus dafür, daß sie, nachdem in Rede und Schrift so lange vergeblich gekämpft worden war, endlich ihr Blut vergossen und der Freiheit eine Gasse gebrochen“ haben.<sup>107</sup>

Erster Höhepunkt seiner parlamentarischen Tätigkeit war sein Auftritt in der Debatte am 8. Juni um den Antrags von Berends, den Berliner Barrikadenkämpfern

---

<sup>102</sup>Ebd., S. 14.

<sup>103</sup>SKB, Nr. 44, 7. Juni 1848, S. 184.

<sup>104</sup>Verhandlungen der Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Staatsverfassung, Berlin 1848 (im folgenden: Verhandlungen), Bd. 1, S. 48 f.: 6. Sitzung v. 30. Mai 1848.

<sup>105</sup>Ebd., S. 49.

<sup>106</sup>Ebd., S. 128: 11. Sitzung v. 6. Juni 1848.

<sup>107</sup>Adolf Wolff, Berliner Revolutionschronik, Bd. 3, Berlin 1854, S. 131; Heimatblätter 1927, S. 72.

offiziell zu bestätigen, daß sie sich ums Vaterland verdient gemacht haben. Damit sollte faktisch der Revolution vom 18. März in Preußen offizielle Anerkennung verschafft werden. Müller unterstützte diesen Vorstoß der radikalen Demokraten vollinhaltlich und stimmte auch mit den Linken für den schließlich an der knappen Mehrheit der Gegner scheiternden Antrag.<sup>108</sup>

In der Diskussion wollte er jedoch, anders als die Linken, für die „als treue Wächter des Prinzips der Freiheit“ der Aufstand von vornherein seine Berechtigung hätte, und gegen die Rechten, die solche Aktionen strikt ablehnten, dem Barrikadenkampf durch Klärung seiner sittlichen Tragfähigkeit gewissermaßen eine höhere Weihe geben. Im Volk, das vom König und dem alten Regime enttäuscht war, habe sich eine verständliche Aufregung und „sittliche Empörung“ breitgemacht, die erst den Aufstand sittlich rechtfertige. Es handelte sich daher nicht um eine „mutwillige Emeute“. Überdies wollte er, einen Zusatz von Schulze-Delitzsch unterstützend, die Würdigung als Verdiente ums Vaterland nicht nur auf die Kämpfer des 18./19. März beschränkt, sondern auch auf die Haltung der Berliner und – über Schulzes Ergänzung hinaus sogar – des ganzen preußischen Volks nach dem Kampf ausgedehnt wissen. In seiner Stellungnahme wird die für ihn typische Absicht deutlich, nicht zuzuspitzen und unterschiedliche Standpunkte scharf herauszuarbeiten, sondern lieber zwischen den großen Parteirichtungen zu vermitteln und zu versöhnen und auf diese Weise die realen Gegensätze zu verwischen: „Ich bitte, nicht Drachenzähne zu sähen, sondern uns alle als rechtschaffene Freunde der Freiheit anzusehen, von welchen nur in Beziehung auf die Sittlichkeits-Frage einer so, der andere anders denkt.“<sup>109</sup>

Über das Parlamentsgeschehen hat Müller regelmäßig Berichte in seinen Wohlbauer Wahlkreis geschickt, die der „Kreisbote“ auch sämtlich veröffentlichte. Er gehörte vielleicht zu den eifrigsten parlamentarischen Berichterstattern aus Berlin. Von Ende Mai bis Anfang September, als er für sechs Wochen Urlaub nahm, lieferte er insgesamt zehn Berichte, und vom 19. Oktober, als er sein Mandat wieder wahrnahm, bis zur Auflösung des Parlaments Anfang Dezember erschienen von ihm fünfzehn Mitteilungen, wobei die dramatischen Ereignisse im Gefolge des preußischen Staatsstreichs im November den weitaus größten Raum einnahmen.

Müller informierte seine Wähler in erster Linie natürlich über die Diskussionen, Anträge, Abstimmungen und Beschlüsse in der Konstituante, und er sparte dabei nicht mit eigenen Bewertungen, die Auskunft über seine politischen Haltung geben. Der Mehrheit der Abgeordneten hielt er zugute, daß sie wie er zum „konstitutionellen Prinzip auf der Grundlage der Demokratie“ stehen, während die Republikaner nur eine kleine Minderheit bildeten, weshalb das linke Zentrum sehr voll geworden sei. Vor der Kamarilla, deren Wirken er bald spürte, aber möge Gott behüten.<sup>110</sup> Die Berliner Barrikadenkämpfer verdienten „treueste und dankbare Anerkennung“.<sup>111</sup> Der Zug zum Friedrichshain am 4 Juni hinterließ bei ihm einen tiefen Eindruck, auch weil sich daran rund 150 Abgeordnete beteiligt hatten.<sup>112</sup> Eine Versöhnung mit Polen erhoffte er sich

---

<sup>108</sup>Verhandlungen, Bd. 1, S. 158 f.: 13. Sitzung v. 8. Juni 1848. Zu Müllers Abstimmungsverhalten bis zum 7. September siehe Conduiten-Liste aller Abgeordneten zu Berlin, in: GStAPK, IV. HA, NL Nibour, A IV, Bl. 148v.

<sup>109</sup>Verhandlungen, Bd. 1, S. 159.

<sup>110</sup>SKB, Nr. 48, 21. Juni 1848, S. 198.

<sup>111</sup>SBK, Nr. 44, 7. Juni 1848.

<sup>112</sup>Ebd.

von einem gemeinsamen Krieg der Deutschen und Polen gegen Rußland.<sup>113</sup> Der Wahl des der Nationalversammlung nicht verantwortlichen Reichsverwesers, die ihm im Zusammenhang mit der Debatte um den Antrag Jacobis durchaus Unbehagen bereitete, glaubte er dennoch eine Beruhigung der Lage abgewinnen zu können.<sup>114</sup> Alles, was die Selbständigkeit der Konstituante stärkte, wie der Beschluß, einen eigenen Verfassungsentwurf der Versammlung auszuarbeiten, die später sogenannte „Charte Waldeck“, fand seine uneingeschränkte Zustimmung.<sup>115</sup> Demagogische Bestrebungen, die Arbeiter gegen das Parlament aufzuwiegeln, verurteilte er entschieden, aber für den Zeughaussturm von Mitte Juni zeigte er, da sich ja das Volk verweigerte Waffen verschaffen wollte, sogar ein gewisses Verständnis.<sup>116</sup>

In die Diskussionen um die Abschaffung der Feudalverhältnisse brachte sich Müller im Sommer als guter Kenner der Materie ein. Am 18. Juli beantragte er die Bildung einer Kommission, die über die aus der Feudalität entstandenen Notstände berichten und begutachten sollte, ob man nicht für Schlesien ein besonderes Agrargesetz benötige.<sup>117</sup> Der Antrag mußte lange auf seine Behandlung im Plenum warten, stieß am 16. August zwar auf Zustimmung, wurde aber gegen eine starke Minderheit, an der sich alle Schlesier beteiligten, nicht zur sofortigen Behandlung zugelassen, sondern in die gewöhnliche Tagesordnung verwiesen.<sup>118</sup> In der in der gleichen Sitzung stattfindenden Debatte um den Antrag des Abgeordneten Mätze, wonach eine Kommission die Ungerechtigkeiten bei den bisherigen Ablösungen aufdecken und wenn irgend möglich auch sogleich revidieren sollte,<sup>119</sup> wandte er sich zwar gegen deren Einsatz,<sup>120</sup> da zu befürchten sei, daß bei Inkompetenz der Kommission und ihrer Unfähigkeit, wirkliche Änderungen sofort zu erzwingen, eher die Unzufriedenheit der Bauern gefördert denn abgebaut werden könnte. Statt solcher, wie er meinte, homöopathischer Mittel müßte ein generelles neues Ablösungsgesetz her. Und obwohl die früheren Ablösungsrezesse oft gegen den freien Willen namentlich der bäuerlichen Partner abgeschlossen worden seien und diesen wesentliche Nachteile brachten, ließen sie sich als staatliche Verträge nicht einfach aufheben. Doch der Staat habe die Pflicht, Übervorteilungen durch neue Gesetze zu korrigieren, früher festgelegte Leistungen der Bauern drastisch zu reduzieren.

Eine radikale Lösung der Agrarfrage durch entschädigungslose Abschaffung sämtlicher Feudalverpflichtungen gehörte nicht in Müllers Programm zur Neuordnung der Agrarverhältnisse. Dadurch unterschied er sich von der Mehrheit der schlesischen Demokraten. Es ging ihm bei seiner Konstruktion vielmehr gerade darum, einen Eingriff in Privatrechte – was Entschädigungslosigkeit bei der Überwindung der Feudalität zweifelsfrei bedeutete –, wenn irgend möglich, zu verhindern, zumal wenn

---

<sup>113</sup>SKB, Nr. 49, 24. Juni 1848, S. 201.

<sup>114</sup>SKB, Nr. 56, 16. Juli 1848, S. 233.

<sup>115</sup>SKB, Nr. 48, 21. Mai 1848, S. 198.

<sup>116</sup>Ebd.

<sup>117</sup>Abdruck des Antragstextes in: SKB, Nr. 57, 22. Juli 1848, S. 237 f.

<sup>118</sup>Verhandlungen, Bd. 2, S. 13: 40. Sitzung v. 16. August 1848.

<sup>119</sup>Der Abgeordnete des Kreises Öls, Ernst Gustav Maetze, Rektor der Stadtschule in Bernstadt, hatte am 31. Mai 1848 beantragt, in jedem Kreis eine gewählte, aus Rittergutsbesitzern, Bauern, Dreschgärtnern, Inliegern und Rechtskundigen bestehende Kommission zu bilden, „um die bisher bewirkten Ablösungen zu revidieren und die dabei vorgekommenen Ungerechtigkeiten festzustellen oder vielleicht selbst schon im Weg gütlichen Vergleichs zu erledigen.“ Vgl. GStAPK, I. HA, Rep. 169, B 4, Anträge, Nr. 13: Antrag des Abgeordneten Maetze auf Revision bisher bewirkter Ablösungen. Erst am 10. August kam der Bericht zu diesem Antrag aus der Zentralabteilung zur Diskussion ins Parlament. Zu Maetze siehe: GStAPK, I. HA, Rep. 97, Xa, Nr. M 9.

<sup>120</sup>Verhandlungen, Bd. 2, S. 25 f.: 40. Sitzung v. 16. August 1848.

es sich um Verträge wie die Rezesse handelte, die bereits bürgerliches Eigentum geschaffen hatten. Privatrechte waren ihm als striktem Vertreter der bürgerlichen Ordnung ein überaus wichtiges, ja übergreifendes Prinzip. Dennoch besaßen sie für ihn keinen Absolutheitsanspruch. Privatrecht mußte in seiner Sicht vielmehr dann auf entschiedene Grenzen stoßen, wenn Menschenrecht verletzt wurde. Menschenrecht ging für ihn vor Privatrecht. Angesichts der ungeheuren Notlage der oberschlesischen Robothäusler konstatierte er deshalb: „Nein, meine Herren, ordnen Sie die agrarischen Verhältnisse mit dem ganzen Ernste treuer Gesetzgeber, ordnen sie dieselben mit der möglichsten Schonung der Privatrechte. Denn mein Name soll nicht damit befleckt werden, daß ich einen Eingriff in die Privatrechte befürworten sollte; ich wünsche sie soviel wie möglich zu schonen. Wenn sie aber eine solche unnatürliche Anschwellung erfahren haben, daß neben ihnen das Menschenrecht nicht bestehen kann, dann müssen sie angemessen beschränkt werden.“<sup>121</sup>

Um seinen Antrag für Bildung einer speziellen Kommission zur Untersuchung der schlesischen Agrarverhältnisse<sup>122</sup> entspann sich sofort im außerparlamentarischen Bereich, in seinem Wohlauer Wahlkreis, eine heftige Kontroverse. Müller hatte sein Anliegen damit begründet, daß in Schlesien der feudale Druck größer sei als in anderen Landesteilen, die kleinen Grundbesitzer bei den Ablösungen über die Maßen benachteiligt würden und daher verarmt seien und überdies die Spannungen zwischen Gutsherren und Landvolk einen hohen Grad erreicht hätten. Besonders erregte Aufsehen, daß er in den hohen Feudallasten die letzte Ursache für die „gräulichen Exzesse“ vom Frühjahr erkannte und deswegen auch eine akute Gefahr neuer Ausbrüche ausmachte. Selbst unter seinen politischen Gesinnungsfreunden im Wohlauer politischen Verein stießen seine Zuspitzungen auf Widerspruch.<sup>123</sup> Vor allem sein Stellvertreter Wollheim widersetzte sich, freilich nicht ohne im Verein zurückgewiesen zu werden, der Meinung, daß die Lage in Schlesien besonders bedrohlich sei. Er befürchtete, damit könnte man die Abgeordneten aus anderen Provinzen nicht gewinnen. Auch glaubte er, Müller, der für viele Lasten unentgeltliche Aufhebung verlangt hatte, entgegneten und das Prinzip der Entschädigung stärker geltend machen zu müssen.

Ein „Offenes Sendschreiben mehrerer Urwähler“<sup>124</sup> ging indes wesentlich weiter und zitierte Müller wegen seiner Aussagen, massiv „Haß und Zwietracht zwischen einzelnen Klassen“ zu sähen. Auch suchte man weiszumachen, daß in Schlesien nur noch geringe Feudallasten bestünden und überdies alles vertraglich geregelt sei. In die gleiche Kerbe hieb eine Zuschrift von dreißig adligen und bürgerlichen Großgrundbesitzern wie des Landrats vom 20. Juli,<sup>125</sup> die als eigentliche Ursache von Spannungen wie früheren Aufständen des Landvolks die Aufreizungen durch die demokratische Umsturzpartei und deren gleichzeitige falsche Versprechungen angaben.

Während Müller in der Kritik seiner Wohlauer politischen Freunde lediglich eine verständlich „lebhaftige Opposition“ erkannte, Wollstein aber doch deutlich zu verstehen gab, daß er von dieser Sache mehr verstehe,<sup>126</sup> setzte er sich gegenüber den

---

<sup>121</sup>Ebd., S. 26.

<sup>122</sup>Veröffentlicht in: SKB, Nr. 57, 22. Juli 1848, S. 237 f.

<sup>123</sup>Sitzung des Politischen Verein v. 23. Juli 1848, in: SKB, Nr.60, 2. August 1848, S. 246 f.

<sup>124</sup>Ebd., S. 247 f.

<sup>125</sup>SKB/AKA, Nr. 60, 2. August 1848.

<sup>126</sup>Entgegnung, in: SKB, Nr. 64, 16. August 1848, S. 261–264.

Anwürfen der Reaktionäre mit einer Artikelserie über die „gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse“<sup>127</sup> energisch und leidenschaftlich zur Wehr. Er bekräftigte seine Meinung, daß die gewaltsamen Aktionen der schlesischen Dorfbewohner letztendlich durch die enorme feudale Ausbeutung hervorgerufen wurden, auch die der Weber. Was die Aufhebung der Feudallasten betraf, so unterschied er nun genauer zwischen jenen Dienstleistungen und Zahlungen, die als Ausfluß einer alten Verfassung „Überbleibsel mittelalterlichen Raubrittertums“ sind und ohne jegliche Entschädigung zu verschwinden hätten, und den vertraglich gesicherten Eigentumsangelegenheiten, die, obwohl das Land ursprünglich „freies Eigentum der Urbauern“ gewesen sei, nur durch Ablösungen geregelt werden können. Doch sollte dies mäßig erfolgen, damit der kleine Grundbesitz nicht – wie bisher – ruiniert, sondern sich im Gegenteil entfalten kann. Er gehöre mitnichten einer Umsturzpartei an, wenn es sie denn geben sollte, aber: „Ich will eine energische und durchgreifende Umbildung aller Verhältnisse zum Zweck, daß sie bestehen können. Die Herren wollen die Konservierung der Mißstände in der Gesellschaft, welche zuletzt einen totalen Umsturz zur Notwendigkeit machen.“<sup>128</sup> Sein Credo lautete: „Die gerechten und billigen Wünsche der ländlichen Bevölkerung werden nicht unerfüllbar bleiben. Sie nach Kräften zu vertreten wird mir Pflicht und Ehre sein.“ Und er war überzeugt: „Den Übergang von der alten Zeit in die neue Zeit kann niemand aufhalten.“<sup>129</sup>

Erst Anfang November trat Müller im Parlament wieder als Redner in Erscheinung. Am 7. September hatte er beim Präsidenten um einen vierwöchentlichen Urlaub angehalten, um seinen sterbenden Vater nochmals zu besuchen und zugleich die nach dem Tod seiner Frau entstandenen häuslichen, aber auch die angesammelten amtlichen Verhältnisse zu regulieren.<sup>130</sup> Überdies bedürfe er, gesundheitlich angeschlagen, dringend häuslicher und ärztlicher Pflege, um dann wieder seinen Pflichten im Parlament nachkommen zu können. In dieser Zeit werde für den Kreis Wohlau sein gewählter Stellvertreter Dr. Wollheim an den Beratungen teilnehmen, der auch sofort einberufen wurde und seinen Platz einnahm. Offensichtlich aber dehnte sich der Urlaub Müllers bis in den späten Oktober aus. An den hitzigen Debatten um die einzelnen Paragraphen der neuen, von Waldeck ausgearbeiteten preußischen Verfassung und den entsprechenden Abstimmungen von Mitte September bis Ende Oktober 1848, als es um solche entscheidenden Fragen wie die Abschaffung der Todesstrafe, die Streichung der Formel „von Gottes Gnaden“ für den konstitutionellen Monarchen oder die Beseitigung der Adelstitel ging, hat er deshalb auch teilgenommen. Doch hat er später in seinen Parlamentsberichten schriftlich zu Protokoll gegeben, daß er in den letzten beiden Fällen dagegen gestimmt hätte. Diese Festlegungen in der Verfassung waren ihm zu radikal. Die Gottes-Gnaden-Formel interpretierte er etwas blauäugig – aber historisch durchaus richtig – als einen Ausdruck der Demut des Herrschers vor Gott.<sup>131</sup> Und was den Adel anbetraf, so war ihm die apodiktische Feststellung „Der Adel ist abgeschafft.“ zuwider,<sup>132</sup> er hätte sich höchstens für eine Formulierung erwärmen können, daß es keinen „besonderen

---

<sup>127</sup>SKB, Nr. 65 und 66, 19. und 23. August 1848, S. 265–267, 269–272.

<sup>128</sup>Ebd., S. 270.

<sup>129</sup>SKB, Nr. 69, 2. September 1848, S. 284.

<sup>130</sup>Antrag von Pastor Müller, Berlin, 7. September 1848, in: GStAPK, I. HA, Rep. 169, B 4, Spec. Nr. 22: Die in Bezug auf die Wahlen eingegangenen Schriftstücke sowie die Berufung der Stellvertreter, Bl.166 f.

<sup>131</sup>Zum folgenden: SKB, Nr. 87, 4. November 1848, S. 357 f.

<sup>132</sup>SKB, Nr.66, 23. August 1848, S. 271.



Adelsstand“ mehr geben dürfe. An dem „Von“-Titel wollte er nicht rühren. Auch votierte er bei der Abstimmung über das preußische Staatsgebiet gegen den mit einer Stimme Mehrheit angenommenen Zusatz, daß den Bewohnern des Großherzogtums Posen besondere Rechte zugestanden werden, weil dieses Gebiet, wie er angab, ja nicht bloß von Polen bewohnt sei.

Am 6. November nahm er sich aufgrund einer Petition der Klagen von kleinen Grundbesitzern in den Deichverbänden an der Oder an, die durch zu hohe Anteilzahlungen arg benachteiligt wurden.<sup>133</sup> Einen Tag darauf setzte er sich für lassitische Bauernstellen und für die oberschlesischen Robotgärtner und -häusler ein.<sup>134</sup> Letztere hatten unter Hardenberg schon einmal lassitisches Nutzungsrecht auf ihren Grund und Boden erhalten, das ihnen aber später wieder genommen wurde, so daß sie durch einfache Kündigung von Haus und Hof vertrieben werden konnten. Sie sollten nach dem Willen Müllers schleunigst in volles Eigentumsrecht eingesetzt und von sämtlichen feudalen Verpflichtungen befreit werden. Dies war sein letzter Auftritt in der preußischen Konstituante.

### Verfolgter und angeklagter Steuerverweigerer

Am weitesten gingen Müllers Attacken gegen die nach wie vor in Preußen herrschenden adlig-monarchischen Kräfte während der Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Krone nach dem konterrevolutionären Staatsstreich vom 9. November, als die Versammlung per königlichem Dekret vertagt und nach Brandenburg verlegt wurde. Mit der Mehrheit der Abgeordneten widersetzte er sich diesem widerrechtlichen Vorgehen. In zwei Berichten an den „Schlesischen Kreisboten“ informierte er noch am 9. November ausführlich über die Berliner Vorgänge um den Staatsstreich, die bereits am 1. November ihren Anfang genommen hätten.<sup>135</sup> Der „preußische Reichstag, denn die Nationalversammlung der Deutschen ist in Frankfurt“, wehre sich nachdrücklich, nur eine Minorität folgte der Aufforderung und verließ den Sitzungssaal. Zugleich forderte Müller die Bevölkerung in seinem Wahlkreis auf, sich dem Widerstand gegen die neue Regierung anzuschließen und der Nationalversammlung zur Seite zu stehen: „möchte das ganze Land seine erhabene Defensiv- (sich verteidigende) Stellung innehalten, der Sieg und Erfolg nicht fehlen können.“ Der „Kreisbote“ veröffentlichte in der gleichen Extraausgabe vom 11. November den ihm von Müller zugesandten Beschluß der Versammlung sowie ihren von Müller selbst unterzeichneten Aufruf an die „Mitbürger!“ vom 9. November.

Vom 9. bis zum 20. November schickte Müller täglich Berichte nach Wohlau,<sup>136</sup> so daß die Wähler recht genau über die Situation in der Hauptstadt und die Debatten in der illegal weiter tagenden Konstituante informiert wurden. Er sorgte dafür, daß alle Beschlüsse, Aufrufe und Proklamationen der Versammlung in seinen Wahlkreis gelangten und dort verbreitet werden konnten. Man führe einen gerechten und würdigen Kampf, der aber auf das ganze Land übergreifen müsse. Man solle Solidaritätsadressen für das Parlament und besser noch Deputationen nach Berlin

---

<sup>133</sup>Verhandlungen, Bd. 3, S. 368, 94. Sitzung v. 6. November 1848.

<sup>134</sup>Ebd., S. 385.

<sup>135</sup>Extrablatt des SBK, Wohlau, den 11. November 1848.

<sup>136</sup>SKB, Nr.90–95, 15., 18., 22., 25., 29. November und 2. Dezember 1848.

schicken.<sup>137</sup> Die politischen Vereine in Wohlau, Dyhrenfurth und Leubus böten gute „Vereinigungspunkte“ für den notwendigen rechtmäßigen Widerstand, doch dürfe man dabei kein Gesetz übertreten und müsse das Eigentum jederzeit heilig halten. Der politische Verein Wohlaus wandte sich dann auch mit freilich recht gemäßigten, gegenüber der Krone sogar untertänigen Adressen an den König, die Berliner Versammlung und das Frankfurter Nationalparlament.<sup>138</sup> Zustimmungsadressen erhielt das Parlament von den Urwählern aus zwölf Orten des Kreises, darunter natürlich Riemberg und aus mehreren Dörfern, in denen die Bauern im März 1848 aufgestanden waren.<sup>139</sup>

Die Informationen Müllers aus Berlin stießen, wie ein königstreuer Pastor aus Stuben am 14. November an den neuen Kultusminister von Ladenberg zu berichten wußte, im Kreis auf lebhaftes Echo. „Solche Abgeordnete (wie Müller), aus der Urwahl hervorgegangen, haben getraute Anhänger, welche in den Schank- und Wirtshäusern der Nationalversammlung Anhang verschaffen, derselben nicht selten ein Hoch ausbringen und wie beim Verlesen des genannten Extrablatts die Köpfe erhitzen, wobei aber kein Wort, das vom Hohen Staatsministerium oder von des Königs Majestät gegeben und gegengezeichnet ist, zur Kunde des Volks, also auch zu keiner vernünftigen Erwägung kommt.“<sup>140</sup>

Das Wort hat Müller in den Beratungen des nun für illegal erklärten Parlaments zwischen dem 9. und 15. November um die Erklärungen des Parlaments und schließlich um den Steuerverweigerungsbeschluß nicht genommen. Doch selbstverständlich stimmte er mit der Majorität der Abgeordneten, die ihre Beratungen, von der Regierung verfolgt, an immer neuen Orten in Berlin fortsetzten, allen Beschlüssen des Parlaments zu, auch als es als letzte Reaktion auf den Vereinbarungsbruch zwischen Krone und Versammlung am 15. November, unmittelbar vor ihrer Vertreibung durch Militär, beschloß, der Regierung solange die Steuern zu verweigern, bis wieder eine ordnungsgemäße Arbeit des Parlaments stattfinden kann. Müller war sich der Tragweite dieses Beschlusses wohl bewußt: „Wir wissen, was wir getan haben“, ließ er seine Wähler wissen, „wir wissen, welche Schleuse wir geöffnet, wir wissen, welche tiefen Wunden wir dem Vaterlande schlugen; wir wissen, welche Opfer wir ihm zumuten; wir wissen, wie wir damit seinen Wohlstand vielleicht für lange erschüttern. Aber ließ man uns noch ein Mittel übrig, stellte man uns nicht unerbittlich nur die Wahl zwischen Knechtschaft und Armut, mußten wir nicht wählen die Not, die Anarchie, wo es die Freiheit galt. Denn diese gilt es. ... Siegt der Militärdespotismus, so ist von Verfassung keine Rede.“<sup>141</sup>

Müller übermittelte den Steuerverweigerungsbeschluß mit einem Begleitschreiben sofort an den „Schlesischen Kreisboten“, der ihn in Nr. 92 publizierte und ihm so weite Verbreitung verschaffte.<sup>142</sup> Der politische Verein Wohlaus beriet wohl auch Maßnahmen zu seiner Umsetzung. Sein Vorsitzender schlug jedenfalls vor,

<sup>137</sup>SKB, Nr. 91, 18. November 1848.

<sup>138</sup>SKB, Nr. 90, 15. November 1848, S. 272.

<sup>139</sup>SBK, Nr. 93, 25. November 1848, S. 387.

<sup>140</sup>GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 507, Nr. 2, Bd. 4, Bl. 413.

<sup>141</sup>SKB, Nr. 92, 22. November 1848: Bericht v. 16. November.

<sup>142</sup>Hierzu und zum folgenden SKB, Nr. 92, 22. November 1848, S. 381–384; ferner: GStAPK, I. HA, Rep. 97, Xa, Nr. M 4: Untersuchung wider den Prediger Friedrich Wilhelm Müller zu Riemberg, Abgeordneter des Wohlauer Kreises sowie: Antrag auf Versetzung in den Anklagestand wider Bucher und Genossen, in: Rep. 97, Xa, Gen. Nr. 1/2: Verfahren gegen mehrere Mitglieder der Nationalversammlung zu Berlin wegen Steuerverweigerung, Bl. 47 f.

an jedem Ort drei Vertrauensmänner zu wählen, an die fortan die Steuern zu zahlen wären.<sup>143</sup> Doch scheint es, zumal selbst die politischen Gesinnungsgefährten an der Basis bald zurückschreckten und meinten, die Versammlung sei zu weit gegangen,<sup>144</sup> nicht zur Verwirklichung eines Steuerboykotts im Kreis gekommen zu sein. In einem weiteren Artikel vom 6. Dezember 1848 ließ Müller keinen Zweifel aufkommen, daß der Steuerverweigerungsbeschluß, weil gegen ein „hochverräterisches Ministerium“ gerichtet, völlig rechtens ist. Doch riet er den Wählern, deren schwierige Situation er genau kannte, nach eigener freier Entscheidung und nach ihrer Lage die Steuerverweigerung zu unterstützen oder aber es nicht zu tun: „Was nun den Beschluß der Nationalversammlung betrifft, solange das Ministerium Brandenburg das Land und seine Freiheit verwüstet, ihm, *aber auch nur ihm*, die Steuern zu versagen, so besteht er zu Recht. Da aber das Volk Bedenken trägt, ihn zur Ausführung zu bringen, ... so ist mein Rat der folgende: Wer für sein Recht leiden will, denn Gewalt geht einmal jetzt für Recht, der verweigere die Steuern. Wer aber zu arm oder zu schwach sich dazu fühlt, der zahle sie. Am wenigsten halte sie der zurück, der sich dazu in seinem Gewissen verpflichtet fühlt. – Nur sage niemand, die Nationalversammlung sei nicht auch Teil der Obrigkeit. Sie bewilligt Steuern und versagt sie in äußersten Notfällen, und ein solcher trat ein und besteht leider noch fort.“<sup>145</sup> Auffallende Steuerboykotts fanden, den vorliegenden Quellen zufolge, im ganzen Kreis Wohlau nicht statt.

Müllers entschlossenes Eintreten für die Steuerverweigerung rief sofort die reaktionären Kräfte des Wohlauer Kreises auf den Plan. Ein liberal eingestellter Urwähler begrüßte zwar sein Ausharren im Parlament, verurteilte ihn aber wegen angeblichen Republikanismus und für seine Zustimmung zum Steuerverweigerungsbeschluß, der eine republikanische Maßregel sei, da ein Staat, in dem der König dem Parlament Gehorsam schulde, eben schon eine Republik sei.<sup>146</sup> Der durch und durch konservative Wohlauer Kreistag hielt es indes für nötig, in einer „Ansprache an den Kreis“ die Wähler nachdrücklich vor Müllers Artikeln zu warnen, denn sie täuschten, würden aufregen und zum Ungehorsam gegen Regierung und Krone aufstacheln, während die Maßnahmen der Regierung nur dem Ziel dienten, „dem wühlerischen, ... ernstlich bedrohenden Treiben einer am Gängelband der Republikaner geführten Volksmasse ein Ende zu machen“.<sup>147</sup>

Relativ früh erkannte Müller, daß eine Niederlage nicht abzuwenden sein könnte. Bereits am 19. November schrieb er nach Wohlau: „Die Niederlage des Volkes und seiner Vertretung kann für jetzt wohl schon als entschieden angesehen werden. Und warum hat das Volk unterlegen. Weil es treu war, weil es das Königtum wollte und noch will. Für jetzt ist der Macht alles möglich.“<sup>148</sup> Doch zog er daraus nicht die Konsequenz, dem Königtum Kampf bis zum letzten anzusagen, sondern fürchtete im Gegenteil, das jetzt geschlagene und am Boden liegende Volk werde, wenn es sich wieder erhebt, „das Königtum zertrümmern, für dessen Rettung wir stark genug waren, trotz allen Demokraten“. Nach wie vor widersetzte er sich entschieden revolutionärem Vorgehen gegen das bestehende Herrschaftssystem. Den Erwartungen des Volkes, daß die Versammlung selbst die Regierung übernehmen soll, könne nicht

<sup>143</sup>SKB, Nr. 92, 22. November 1848, S. 380 f.

<sup>144</sup>Ed[uard]. Göppert, Zu der Steuerverweigerung, in: SKB, Nr. 97, 9. Dezember 1848, S. 409 f.

<sup>145</sup>SKB, Nr. 96, 6. Dezember 1848, S. 406.

<sup>146</sup>SKB, Nr. 96, 6. Dezember 1848, S. 406 f.

<sup>147</sup>Ebd.

<sup>148</sup>SKB, Nr. 93, 25. November 1848, S. 386.

entsprochen werden: „Das könnte sie wohl, aber das will sie nicht, weil sie das konstitutionelle Königtum will.“ – „Auch ein Angriff wäre wohl berechtigt, gälte es bloß die Minister, – es gilt aber bei entbranntem Kampf nicht mehr bloß diese, sondern die Krone, den König und diesen wollen wir retten.“<sup>149</sup> Zwar stand Müller für eine entschiedene parlamentarische Demokratie, in der das Parlament das Sagen hat und die Monarchie sich strikt an die Konstitution zu halten hat, doch vermochte er sich bis zuletzt von seinen Glauben an die Notwendigkeit eines Königtums nicht zu lösen. Dort lagen die engen Grenzen seines gemäßigten Demokratismus.

Nach der Vertreibung der widerspenstigen Deputierten blieb Müller zunächst noch in Berlin und begab sich am 1. Dezember nach Brandenburg, wo seit dem 27. November wieder das Parlament tagte, aber keine beschlußfähige Mehrheit zustande brachte.<sup>150</sup> Er zählte zu den rund siebzig Unterzeichnern (darunter fünfzehn Schlesier) einer Erklärung vom 1. Dezember 1848,<sup>151</sup> in der sie erklärten, an dem Beschluß vom 9. November festzuhalten, in dem der Krone das Recht bestritten wurde, die Nationalversammlung zu vertagen und zu verlegen. Sie seien nur deshalb nach Brandenburg gekommen, um unter Hintansetzung aller anderen Rücksichten die Rechte des Landes weiter wahren zu können. Der beabsichtigte Einsatz für das Wohl des Landes erledigte sich umgehend, als die Krone kurz darauf die Auflösung der Konstituante verkündete und am 5. Dezember 1848 zugleich eine Verfassung oktroyierte, die im wesentlichen auf dem von der Versammlung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf beruhte, jedoch einige wesentlichen Beschränkungen enthielt.

Diesen abschließenden Gewaltakt von Regierung und Krone erklärte Müller mit der Furcht der Reaktion, die Versammlung könnte die bereits weit fortgeschrittene Verfassung erfolgreich abschließen. Das sollte verhindert werden und wurde von jenen Kräften auch verhindert, die am liebsten überhaupt keine Verfassung wollten. „Diese Partei ist die mächtige im Staat. Ihr gehören die Ämter, ihr das Grundeigentum, ihr das Geld.“<sup>152</sup> „Um eine Scheinverfassung zu geben, sprengte und zerstreute man die Nationalversammlung. – Wir wurden aufgelöst, nicht weil wir nicht fertig wurden, sondern weil wir fertig waren. Wir wurden aufgelöst, um unsere Arbeit abzuschreiben, und was viel schlimmer, zu korrumpieren (verderben).“

Um ein Mandat für das in dieser Verfassung zugesagte und im Januar 1849 zu wählende neue Abgeordnetenhaus, die Zweite Kammer in Preußen, hat sich Müller – im Unterschied zu einer stattlichen Anzahl von schlesischen Demokraten, auch mancher Pfarrer – nicht mehr beworben. Er übernahm wieder sein Pfarramt. Auch spürte er bald, daß die siegreiche Konterrevolution nun Jagd auf die aufmüpfigen Abgeordneten machen und seine Existenz bedrohen würde. „Diese Ehre der Verfolgung genieße ich denn auch.“<sup>153</sup> Doch zog er sich nicht zurück, sondern blieb auch nach dem Dezember 1848 politisch aktiv und verteidigte gegen die mannigfachen Verleumdungen und Angriffe auf ihn persönlich unerschrocken das Parlament und seine eigene Tätigkeit als Abgeordneter. Er stand zu allen Entscheidungen, auch zur Steuerverweigerung, die ein Notanker gewesen sei, und bedauerte nur: „Leider habe das Volk die Bedeutung dieser Sache und die Wichtigkeit des Moments nicht

---

<sup>149</sup>Ebd., S. 387.

<sup>150</sup>SKB, Nr. 95 und 96, 2. und 6. Dezember 1848, S. 401, 405.

<sup>151</sup>Verhandlungen der constituirenden Versammlung für Preußen, Bd. 8, Berlin 1848, S. 5485.

<sup>152</sup>[Friedrich Wilhelm] Müller, Die Auflösung der Nationalversammlung, in: SKB, Nr. 99, 16. Dezember 1848, S. 417 f.

<sup>153</sup>SKB, Nr. 99, 16. Dezember 1848, S. 418 f.

aufgefaßt.“<sup>154</sup> Er habe sich nicht dafür zu entschuldigen, „daß ich die Sache des Armen und Unterdrückten mit schwachen Kräften vertrat, daß ich die mir übertragene Sendbotschaft des Volkes, so lange ich konnte, ausrichtete“.<sup>155</sup> Er blieb dabei, daß das „Landvolk Schlesiens seiner Mehrzahl nach ... überbürdet mit staatlichen und gutsherrlichen Leistungen“ ist und „entbürdet“ werden muß. Eine von ihm gewünschte „Versöhnung der kleinen Grundbesitzer mit den Rittergutsbesitzern“ sei nur möglich „auf der Grundlage einer Freilassung gegen mäßige Entschädigung, wo diese überhaupt gerechtfertigt ist, wo nicht eingeschlichener Mißbrauch stattfand, der den Anspruch auf Entschädigung von selbst ausschließt.“ Den infamen Vorwürfen, er habe sich als Abgeordneter bloß die Taschen mit Diätengeldern vollgeschlagen, trat er mit einer konkreten Abrechnung seiner vom Staat erhaltenen Mittel entgegen, die zu dem Resultat führte, daß er als Abgeordneter noch rund einhundert Taler aus eigener Tasche drauf gezahlt hat.

Bis zum Ende der deutschen und europäischen Revolution im Sommer 1849 blieb Müller als Autor des „Kreisboten“ wie als wiederholter Teilnehmer der Sitzungen des Wohlauer politischen Vereins nachweislich ein Mann der politischen Öffentlichkeit in seinem Kreis. Ob er sich auch danach politisch noch engagierte, ist – nach der Einstellung des „Kreisboten“ im Herbst 1849 – bislang nicht auszumachen gewesen.

Sein Ruf als Fortschrittsmann war so stark, daß ihn die Wohlauer Demokraten Ende Januar 1849 wieder als Kandidaten zu den Wahlen für die Zweite preußische Kammer aufstellten.<sup>156</sup> Er lehnte die Kandidatur zwar ab und empfahl Hermann Wollheim, der dann zusammen mit einem anderen Demokraten auch gewählt wurde. Doch schaltete er sich mit Artikeln und einem Aufruf<sup>157</sup> direkt in den Wahlkampf ein. Rücksichtslos kritisierte er im Gegensatz zu zahlreichen liberalen Befürwortern in demokratischer Manier die oktroyierte Verfassung wegen der königlichen Eigenmächtigkeit, mit der sie verkündet wurde und natürlich ebenso wieder aufgehoben werden kann, und wegen der ihr anhaftenden, von der Regierung hinein formulierten Schwächen.<sup>158</sup> Noch hatte er Hoffnungen, daß eine starke Linke in der Kammer die Verfassung in demokratische Richtung revidieren könnte, erkannte aber doch schon die großen Gefahren, die für die bestehende Pressefreiheit und das Vereinigungs- und Versammlungsrecht bestanden. Daß er an der Festsitzung zum ersten Jahrestag des 18. März im politischen Verein teilnahm und auch das Wort ergriff, verstand sich von selbst.<sup>159</sup>

Seit Ende März 1849 die Reichsverfassung von der Nationalversammlung beschlossen war, sah er nach den Rückschritten und Niederlagen in Preußen noch Hoffnungen, wenigstens auf dem gesamtdeutschen Felde Errungenschaften der Revolution zu retten. Das Schicksal der deutschen Nationalbewegung rückte nun für den alten Burschenschafter ganz ins Blickfeld,<sup>160</sup> wobei er immer noch auf eine

<sup>154</sup>SKB, Nr. 99, 16. Dezember 1848, S. 421: In der Sitzung des politischen Vereins Wohlau am 10. Dezember 1848.

<sup>155</sup>SKB, Nr. 99, 16. Dezember 1848, S. 419.

<sup>156</sup>SKB, Nr. 11, 7. Februar 1849, S. 51–53.

<sup>157</sup>An die Wahlmänner, in: SKB, Nr. 9, 31. Januar 1849, S. 43 f.

<sup>158</sup>[Friedrich Wilhelm] Müller, Die Verfassungsurkunde des Preußischen Staates vom 5. Dezember 1848, in: SKB, Nr. 4 und 5, 13. und 17. Januar 1849, S. 15 f., 19 f.

<sup>159</sup>SKB, Nr. 24, 24. März 1849, S. 120.

<sup>160</sup>Die Lage des Vaterlandes, in: SKB, Nr. 31, 18. April 1849, S. 161–163; Die deutsche Sache, in: SKB, Nr. 38, 16. Mai 1849, S. 202–204; Rußland und Deutschland, in: SKB, Nr. 41, 26. Mai 1849, S. 218–220.

nationale Rolle Preußens setzte und nichts von Österreich erwartete, sondern dessen Regierung massiv kritisierte. Die Ablehnung der Kaiserkrone aus Frankfurt durch Friedrich Wilhelm IV. belehrte ihn rasch eines besseren und veranlaßte ihn, rigoros auch mit der Deutschlandpolitik Preußens abzurechnen. Er sah die Aufstände für die Reichsverfassung voraus, wofür er der Reaktion durch die Ablehnung der Reichsverfassung die Schuld zuwies, zeigte Verständnis dafür, billigte sie aber nicht. Schon im März 1849 hegte er starke Befürchtungen, daß Rußland und Österreich so dominant werden, daß Preußen von ihnen abhängig würde, und er befürchtete gar eine russische Intervention in Deutschland. Einzig den ungarischen Befreiungskampf schätzte er außerordentlich hoch, ohne zu verkennen, daß er gegen die vereinigte Macht der Österreicher und Russen erliegen werde. Seine letzten uns bekannten publizistischen Wortmeldungen im Juli und August 1849 beschäftigten sich mit den Wahlen zur Zweiten Kammer nach dem reaktionären preußischen Dreiklassenwahlrecht,<sup>161</sup> das nur Besitzende ins Parlament bringen konnte, die sich auch nur um die Interessen der Besitzenden sorgen würden. Er sah nur ganz geringe Chancen, daß dieses Parlament im „restaurierten Polizeistaat“ etwas Fortschrittliches bewirken könnte. Entschieden kritisierte er jedoch den Wahlboykott der Demokraten als eine zwar edle, aber völlig unpolitische Entscheidung, weil damit das Feld vor der Reaktion geräumt und die, wenn auch geringen Möglichkeiten einer Opposition aufgegeben wurden.

Wie zu erwarten ließ die siegreiche Konterrevolution den zum Widerstand bereiten und auffordernden Pfarrer nicht in Ruhe. Auf Befehl der Regierung hatte gleich im Dezember 1848 eine breit angelegte gerichtliche Verfolgung der Steuerverweigerer eingesetzt.<sup>162</sup> Alle, die dem Beschluß zugestimmt hatten, bestrafen zu wollen, hielten die preußischen Staatsanwälte freilich für unklug, nicht machbar und vor allem vor den Gerichten nicht durchsetzbar. Und so konzentrierte man sich ganz darauf, jene Steuerverweigerer zur Untersuchung zu ziehen, von denen man wußte oder annahm, daß sie die Verbreitung des Beschlusses betrieben oder sich gar direkt in Aktionen der Steuerverweigerung eingeschaltet hatten. Und dazu zählte man neben rund einhundert anderen ehemaligen Deputierten<sup>163</sup> auch den Riemberger Pastor.

Nach recht langwierigen Untersuchungen klagte der Oberstaatsanwalt Sethe vom Berliner Kammergericht, das vorrangig mit der Verfolgung der aktiven Steuerverweigerer beauftragt worden war, Müller in einer Sammelklage „wider OLG-Assessor Adolph Lothar Bucher und Genossen“ „wegen Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung und versuchten Aufruhrs“ an.<sup>164</sup> Die Anklage vermerkte ausdrücklich, daß es sich bei dem Inkulpaten Müller um einen Rückfalltäter handelte, der als Student wegen Beteiligung an verbotenen Verbindungen schon einmal mit acht

---

<sup>161</sup>Die Wahl der Wahlmänner in Riemberg, in: SKB, Nr. 58, 25. Juli 1849, S. 297 f.; Der siebente August, in: SKB, Nr. 63, 11. August 1849, S. 315–317.

<sup>162</sup>Dazu Walter Schmidt, Die preußische Steuerverweigerungs-Affaire von 1848. Zur Kontroverse um die gerichtliche Verfolgung der Steuerverweigerer, in: Gerhard Harney, Werner Maihofer, Gerhard Sprenger (Hg.), Recht und Ideologie in historischer Perspektive. Festschrift für Hermann Klenner, Freiburg, Berlin, München 1998, S. 162 ff.

<sup>163</sup>Vgl. GStAPK, I. HA, Rep. 97, Xa. – Dieser Bestand enthält die Akten des Berliner Kammergerichts gegen die Steuerverweigerer. Darüber hinaus beteiligten sich natürlich auch die Gerichte in den preußischen Provinzen, so auch Schlesiens, an der Verfolgung der Steuerverweigerer, sowohl der Abgeordneten als auch anderer Widerständler vor Ort. Diese Prozesse sind leider kaum noch quellenmäßig zu erfassen.

<sup>164</sup>GStAPK, I. HA, Rep. 97, Xa, Gen. Nr. 1/2, Bl. 47 f.

Wochen Festungsarrest bestraft worden war, und beantragte, ihn nun neun Monate ins Gefängnis zu sperren. Das für Kirchensachen zuständige Breslauer Konsistorium wartete jedoch den Prozeß nicht einmal ab, um ihn disziplinarisch zu bestrafen, sondern fragte immer wieder beim Berliner Oberstaatsanwalt an, wie weit er denn mit der Anklage sei, und suspendierte Müller in vorauseilendem Gehorsam bereits aufgrund der Untersuchung im November 1849 vom Amt.<sup>165</sup>

Friedrich Wilhelm Müller hatte wie viele andere Steuerverweigerer das Glück, daß es seit 1847 in Preußen nicht nur öffentliche und mündliche Gerichtsprozesse gab, sondern auch Geschworenengerichte eingeführt waren. Am 22. Februar 1850 mußte er sich einem Schwurgericht beim Berliner Stadtgericht stellen. Es sprach ihn und – bis auf Bucher und drei weitere Angeklagte – auch alle anderen 36 „Genossen“ von der Schuld eines „versuchten Aufruhrs“ frei.<sup>166</sup> Das Konsistorium brauchte ein Jahr, um die Amtsenthebung wieder aufzuheben. Erst 1851 zog es den Generalsubstitut Carl Adolph Hugo Sticker, der als Vertreter Müllers seit Ende 1849 die Amtsgeschäfte geführt hatte, aus Riemberg ab und ließ Müller wieder ins Pfarrhaus einziehen.<sup>167</sup>

Zurückgezogen in der Reaktionsperiode, doch den alten Idealen treu

In der nachrevolutionären Zeit beschränkte sich Friedrich Wilhelm Müller offenbar ganz auf die Wahrnehmung seiner beruflichen Pflichten. Die überlieferten Quellen schweigen sich darüber leider fast gänzlich aus. Nur wenig wurde bekannt.<sup>168</sup> Hatte er 1845 bereits für eine neue Orgel in seiner Kirche gesorgt, so machte er sich 1854 um den Erhalt der Kirche verdient, denn durch seine Umsicht gelang es, das durch Blitzschlag in Brand geratene Gebäude zu retten. Auch setzte er nun eine demokratischen Neuerung in seiner Gemeinde durch. Am 1. Advent des Jahres 1861 führte er die aufgrund einer Vorschlagsliste gewählten Kirchenratsmitglieder in ihr Amt ein.

Die Erfahrungen mit der Siegerjustiz von 1849/50 wirkten auf ihn aber offensichtlich disziplinierend und geboten ihm, wollte er sein Amt nicht vollends verlieren, politische Zurückhaltung. In den fünfziger Jahren soll ihm vom Konsistorium sogar ein eigenhändiger Glückwunsch von Friedrich Wilhelm IV. (aus welchem Anlaß ist nicht überliefert) überbracht worden sein.<sup>169</sup> Auch als in den sechziger Jahren die erzwungene Friedhofsruhe in Preußen und Deutschland von einem Aufschwung des politischen Lebens abgelöst wurde, war in der politischen Öffentlichkeit – soweit sich dies feststellen ließ – nichts mehr von ihm zu hören. Sein Publikationsforum aus dem Vormärz, die „Schlesischen Provinzialblätter“, in denen er möglicherweise weiter geschrieben hätte, war mit der Revolution untergegangen. Aber auch als deren „Neue Folge“ ab Mitte der sechziger Jahre wieder erschien, fehlte er unter den Korrespondenten. Das schlesische Demokratenblatt, die „Neue Oder-Zeitung“, die noch bis 1855 von Moritz Elsner und Julius Stein herausgegeben wurde, stand ihm sicher viel zu weit links, und es mußte ihm gewiß auch als zu gefährlich

<sup>165</sup>GStAPK, I. HA, Rep. 97, Xa, Nr. M 4.

<sup>166</sup>Das Urteil des Schwurgerichts vom 22. Februar 1850, in: GStAPK, I. HA, Rep. 97, Xa, Gen. Nr. 1/2, Bl. 188 ff., 204–215v.

<sup>167</sup>Hoppe, Stürmer, Chronik, S. 21.

<sup>168</sup>Zum folgenden siehe Kirschke, Geschichtliche Mitteilungen, S. 14.

<sup>169</sup>SPB, NF, Bd. 8, S. 85.

erscheinen, daran unbeschadet mitzuarbeiten. Ob er in den fünfziger und sechziger Jahren für ein anderes schlesisches Blatt, die „Schlesische Zeitung“ oder die „Breslauer Zeitung“ etwa, oder gar für die von Elsner und Semrau herausgegebene „Breslauer Morgenzeitung“ schrieb, ist ganz ungewiß und darf wohl eher bezweifelt werden. Quellenaussagen dazu liegen nicht vor.

Seinen, durch die frühen Burschenschaften geprägten bürgerlich-oppositionellen Idealen und den auf das Volk orientierten demokratischen Überzeugungen des Vormärz' und der Revolution hat Friedrich Wilhelm Müller auch in der Reaktionsperiode nicht abgeschworen. Als ein Jahr vor seinem Tode die alten Breslauer Burschenschafter 1867 das 50. Jubiläum ihrer Gründung festlich begingen und der Herausgeber der Festschrift sich an den einstigen Arminen-Vorsteher wandte, bekannte er sich nochmals eindeutig zu den nationalen und freiheitlichen Zielen aus den Burschenschaftstagen. Und den von ihm zeitlebens bekämpften Junkern wie dem Absolutismus blieb er auch jetzt feind: „Jene Jugend, damals vielfach verspottet, hat die Zukunft doch richtig geahndet und um ihres festen und schönen Glaubens willen glaube ich, daß der Tag ihrer vollen Würdigung als eines geschichtlichen Moments für sie noch nicht ganz kam“, schrieb er am 8. August 1867. „Wenn jetzt ein Großteil der deutschen Nation, soweit sie gebildet ist, sich als solche fühlt und selbst der Junker einige betreffende Phrasen in den Mund nehmen will, so wird sie dem Häuflein der Burschenschafter doch den Ruhm lassen müssen, daß es in seinen Gliedern die eigentlichen Wächter des edlen Feuers bestellte und die nationale Sache mit Opfern auch in schlimmster Zeit stets treu vertrat. Aber die Burschenschaft kann sich auch hoher Abkunft rühmen. Sie entstammte dem Geist der Freiheitskriege und erhielt ihn. Sie hat mit ihm die weiten Kreise des Volkes durchdrungen und selbst zu den Höhen getragen, die ihn als Torheit bezeichneten und als Verbrechen verfolgten. Der Absolutismus fürchtete sie mit Recht. Es verdroß ihn, daß er die Burschenschafter durchaus nicht für seine Zwecke verbrauchen konnte, daß dieses Salz seine Natur nicht verleugnete und dieses Senfkorn, so oft zertreten, doch zu einem Baume erwuchs. Der Idee abtrünnig wurden freilich auch manche.“<sup>170</sup>

Friedrich Wilhelm Müller hat den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 und die Gründung des Norddeutschen Bundes noch miterlebt. Sein Brief von August 1867 an Theodor Bach läßt Hoffnungen auf baldige nationale Einigung wie unveränderte Distanz gegenüber den Junkern erkennen, als deren Repräsentant ihm offensichtlich immer noch Bismarck erschienen war. Die Reichsgründung und damit die Erfüllung der nationalen Forderungen aus seinem Burschenschaftsengagement, die nicht wenige der alten achtundvierziger Demokraten zu Bismarckianern gewandelt hat, hat er nicht mehr erlebt. In den letzten Jahren machte ihm die Krankheit bereits schwer zu schaffen, Ende 1867 war er nicht mehr in der Lage, seine Amtspflichten allein wahrzunehmen, so daß er im Januar 1868 einen Substituten aus Breslau zur Unterstützung erhielt.<sup>171</sup> Er starb am 5. Mai 1868 im 68. Lebensjahr in seinem Pfarrhaus. Auf dem Riemberger Friedhof unter vier Akazien in der Nähe des Pastorenwegs zur Sakristei fand er seine letzte Ruhestätte.<sup>172</sup>

---

<sup>170</sup>Theodor Bach, Gründung und Entwicklung der Breslauer Burschenschaft. Festgabe zu ihrer fünfzigjährigen Jubelfeier, Breslau 1867, S. 68 f. Daß der hier immer noch anonym zitierte Brief von Müller stammt, bezeugt der Nekrolog in: SPB, NF, Bd. 8, S. 84.

<sup>171</sup>Kirschke, Geschichtliche Mitteilungen, S. 14.

<sup>172</sup>Ebd. und Hoppe, Stürmer, Chronik, S. 21.